STADT BENSHEIM

Beteiligungsbericht 2010

Vorwort

Sehr geehrte Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bensheim,

mit unserem Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2009 geben wir - wie auch in den Vorjahren - Einblicke in die Strukturen und Bilanzen der städtischen Unternehmen, Beteiligungen und Verbände, die wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bensheim wahrnehmen.
Die Erstellung und Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes der Stadt Bensheim richtet sich nach den Vorschriften des § 123 a der Hessischen Gemeindeordnung, wobei der vorliegende Beteiligungsbericht weit über die Erfordernisse des § 123 a HGO hinaus geht, da er nicht nur auf die Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform eingeht.

Auf die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Geschäftsjahres möchte ich hier im Vorfeld des Berichtes eingehen:

Der Geschäftsverlauf der GGEW AG wurde im Jahr 2009 von den negativen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt. Dies war vor allem im Stromgeschäft deutlich spürbar. Zudem hat sich der regionale Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt durch den Markteintritt der 100 %-igen HSE-Vertriebstochter e-ben Mitte 2006 verschärft. Trotz verstärkter Anstrengungen von e-ben, Kunden der GGEW AG zu gewinnen, verzeichnete die GGEW AG selbst einen unerwartet hohen Zugang von Kunden aus dem Netzgebiet der HSE.
Zum 01.01.2009 wurden die Gaspreise in der Grundversorgung und in den Vario-Tarifen zwischen 0,50 und 0,55 Cent/kWh erhöht. Bis zum 01.04.2009 konnte diese Erhöhung wieder nahezu vollständig reduziert werden. Ebenfalls wurden die Strompreise einer Anpassung unterzogen. Es erfolgte eine Steigerung um 2,00 Cent/kWh. Diese Preisanpassung war aufgrund der Bezugskostensteigerungen unumgänglich.

Die erfolgreiche Neupositionierung der MEGB im Jahr 2005 wird immer deutlicher. Im 4. Jahr in Folge konnte ein mehr als zufrieden stellendes Jahresergebnis erzielt werden. Die positiven Verkaufserwartungen im verbleibenden Stubenwaldgelände ebnen den Weg für einen weiteren erfolgreichen Geschäftsverlauf.

Zum 01.01.2009 hat der Gewässerverband Bergstraße sein Rechnungswesensystem auf die doppische Haushaltsführung gemäß GemHVO-Doppik umgestellt. Aus diesem Anlass konnte noch kein geprüfter Jahresabschluss 2009 vorgelegt werden.

Der Eigenbetrieb Bauhof Service Bensheim konnte auch im dritten Geschäftsjahr nach Gründung einen Jahresüberschuss ausweisen. Die positive Entwicklung steht beispielhaft für weitere geplante und bereits vollzogene Eigenbetriebsgründungen der Stadt Bensheim. So wurde zum 01.01.2010 der Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim gegründet und mit dem Eigenbetrieb Kinderbetreuung Bensheim, dessen Gründung zum 01.01.2011 geplant ist, steht ein weiterer in den Startlöchern.

Mit Stadtverordnetenbeschluss vom 17.12.2009 werden die Aufgaben des Eigenbetriebes Bauhof Service Bensheim mit Wirkung zum 01.01.2011 auf den Zweckverband Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße übertragen. Grundgedanke dieser Übertragung war der Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit und die Nutzung weiterer Synergien durch die direkte Anbindung des Bauhofs an den KMB.

Somit kommt dem Beteiligungsmanagement, auch im Hinblick auf den ersten Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Bensheim, eine immer größere Bedeutung zu. Zu diesem Zweck soll möglichst noch im Jahr 2010 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bensheim endgültig erlassen werden. Sie stellt ein gemeinsames Arbeitspapier der Stadt Bensheim und seiner Beteiligungen dar und soll die Kooperation mit den Beteiligungen intensivieren und nachhaltig verbessern.

Thorsten Herrmann
Bürgermeister

Abkürzungsverzeichnis

AB	Anfangsbestand
Abs.	Absatz
Afa	Absetzung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft
AK	Anschaffungskosten
AktG	Aktiengesetz
BSB	Bauhof Service Bensheim
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
e.V.	eingetragener Verein
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
eG	eigetragene Genossenschaft
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
EK	Eigenkapital
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz (Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung)
Erg.	Ergebnis
EUR	Euro
etc.	et cetera
FK	Fremdkapital
Ford.	Forderungen
Geschäftstät.	Geschäftstätigkeit
gewöhnl.	gewöhnlichen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVBL	Gesetz- und Verordnungsblatt
HAKA	Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufs- und Abfallgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
hist.	historische
HWG	Hessisches Wassergesetz
HWVG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz
i.H.v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGG	Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit
kum.	kumulierte
kurzfr.	kurzfristige
kWh	Kilowattstunde
KWKG	Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
liqu.	liquide
Mio.	Million
Nr.	Nummer
rd.	rund
ROI	Return on Investment
Stellv.	Stellvertretender
Str.	Straße
TEUR	tausend Euro
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
v.H.	von Hundert
WBV	Wasserbeschaffungsverband
WVG	Wasserverbandsgesetz

Inhaltsverzeichnis

VORWORT 2

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 4

1. ALLGEMEINER TEIL - 6 -

1.1 KOMMUNALRECHTLICHE VORSCHRIFTEN - 7 -

1.2 Erläuterungen der Rechts- und Organisationsformen - 10 -

1.3 Erläuterungen zur Rechnungslegung der Beteiligungsunternehmen - 12 -

1.4 Übersicht über die Beteiligungsverhältnisse - 14 -

1.5 Übersicht über den Stand des anteiligen Eigen- und Fremdkapitals zum 31.12.2009 sowie die Entwicklung in den Jahren 2003 bis 2009 - 15 -

2. BETEILIGUNGEN AN KAPITALGESELLSCHAFTEN - 16 -

2.1 Gruppen- Gas- und Elektrizitätswerk Bergstraße Aktiengesellschaft - 17 -

2.2 Marketing- und Entwicklungs- Gesellschaft Bensheim mbH - 23 -

2.3 Gemeinnützige Gesellschaft Naturschutzzentrum Bergstraße mbH - 30 -

2.4 Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH - 36 -

3. MITGLIEDSCHAFTEN IN ZWECKVERBÄNDEN - 42 -

3.1 Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - 43 -

3.2 Zweckverband Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße - 50 -

4. MITGLIEDSCHAFTEN IN WASSER- UND BODENVERBÄNDEN - 57 -

4.1 Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost - 58 -

4.2 Gewässerverband Bergstraße - 64 -

5. BETEILIGUNGEN AN EIGENBETRIEBEN - 65 -

5.1 Eigenbetrieb Bauhof Service Bensheim - 66 -

6. SONSTIGE BETEILIGUNGEN - 73 -

6.1 Sparkasse Bensheim - 74 -

7 ANHANG - 80 -

7.1 Erläuterungen der Kennzahlen - 81 -

7.2 Literaturangaben - 82 -

1. Allgemeiner Teil

1.1 Kommunalrechtliche Vorschriften

Im folgenden Abschnitt sollen die rechtlichen Bestimmungen für die Beteiligung einer Kommune an wirtschaftlichen Unternehmen erörtert werden. Es werden hierbei die geltenden Paragraphen der HGO zitiert.

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz).
Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen, neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit, insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 HGO
Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn
1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten
1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr

Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 HGO
Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 a HGO
Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über
1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Gehören einer Gemeinde Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

1.2 Erläuterungen der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgendem sollen die Gesellschaftsformen der einzelnen Beteiligungsunternehmen erläutert werden.

Kapitalgesellschaften

Die Kapitalgesellschaft ist eine Gesellschaft, bei der die Mitgliedschaft auf die reine Kapitalbeteiligung und nicht auf die persönliche Mitarbeit der Gesellschafter zugeschnitten ist.

Kapitalgesellschaften sind die:
Aktiengesellschaft (AG)
Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Erst mit ihrer Eintragung im Handelsregister entsteht eine Kapitalgesellschaft. Für die Zeit vor der Eintragung werden - je nach Gründungsstadium - Vorgesellschaften oder Vorgründungsgesellschaften unterschieden.

Merkmale der Kapitalgesellschaften sind:
- Ihre Anteile können grundsätzlich frei veräußert und vererbt werden.
- Die Gesellschafter haften nicht persönlich.
- Sie sind als juristische Personen rechtsfähig.
- Sie gelten als Handelsgesellschaften (§ 3 Absatz 1 AktG, § 13 Absatz 3 GmbHG).
- Sie unterliegen der Körperschaftsteuer.

Die Aktiengesellschaft

Die Aktiengesellschaft ist eine handelsrechtliche Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit (juristische Person), deren Grundkapital in Aktien zerlegt ist.
Vorschriften zur Aktiengesellschaft finden sich im Aktiengesetz (AktG).

Die Organe einer AG bestehen aus dem Vorstand, dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung und den Aktionären. Sie haben folgende Aufgaben:

- Der Vorstand wird durch schuldrechtlichen Vertrag, in der Regel durch Dienstvertrag, angestellt. Er vertritt die AG nach außen (gerichtlich und außergerichtlich) und ihm obliegt die Geschäftsführung (z.B. Buchführung, Jahresabschluss). Er ruft die Hauptversammlung ein.
- Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und beruft ihn auch ab. Er überwacht die Vorstandstätigkeit und vertritt die AG gegenüber den Vorstandsmitgliedern.
- Der Hauptversammlung obliegt unter anderem die Wahl und Abberufung der Vertreter im Aufsichtsrat und die Entscheidung zur Gewinnverwendung.
- Die Aktionäre entsprechen den Mitgliedern eines Vereins. Sie üben ihre Rechte im Allgemeinen durch die Teilnahme an der Hauptversammlung, durch ihr Recht auf Auskunft und auf Dividende sowie gegebenenfalls auf Liquidationserlös aus.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit einem Stammkapital von mindestens 25.000 Euro, die nicht börsennotiert ist.
Die GmbH ist eine juristische Person, sie ist Kaufmann und Handelsgesellschaft. Organe sind die Gesellschafterversammlung und der/die Geschäftsführer. Eine Mindestanzahl an Gesellschaftern ist nicht erforderlich, die nur durch einen Gesellschafter gegründete GmbH (Einmann-GmbH) ist zulässig.
Die einzelnen Gesellschafter der GmbH sind Inhaber eines Gesellschaftsanteils. Sie haften grundsätzlich nicht persönlich gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft (§13 Absatz 2 GmbHG). Die Gesellschaft besteht grundsätzlich unabhängig von ihren Gesellschaftern. Ein- und Austritte von Gesellschaftern sind vom Bestand der Gesellschaft unabhängig. Die einzelnen Gesellschaftsanteile können auf andere Personen übertragen, gepfändet und vererbt werden.

Als juristische Person kann die GmbH nur durch ihre Organe handeln. Nach außen wird sie durch den oder die Geschäftsführer vertreten, die inneren Entscheidungen trifft die Gesellschafterversammlung. Die Bestellung eines oder mehrerer Geschäftsführer erfolgt im Gesellschaftsvertrag oder durch Beschluss der

Gesellschafter. Sie kann jederzeit widerrufen werden, sofern der Gesellschaftsvertrag nicht etwas anderes bestimmt.

Seit dem 01.11.2008 sieht das GmbH-Gesetz auch die Möglichkeit der Gründung einer sogenannten „Mini-GmbH“ vor. Mit einem Mindestkapital von einem Euro besteht die Möglichkeit, eine Existenzgründung in Form einer haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft (UG) vorzunehmen. Hat die Unternehmergesellschaft die Schwelle der Mindesteinlage für die „große“ GmbH in Höhe von 25.000 Euro erreicht, besteht die Möglichkeit, die Mini-GmbH in die Rechtsform der klassischen GmbH umzuwandeln.

Die Einführung der Mini-GmbH führt zu einer deutlichen Vereinfachung der Existenzgründung und hat das Ziel, die Abwanderungszahl deutscher Unternehmen ins Ausland zu reduzieren.

Anstalten des öffentlichen Rechts

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist.

In der Vergangenheit haftete die kommunale Gebietskörperschaft als Gewährträger uneingeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse. Aufgrund der Anpassungen des Sparkassenrechts gilt die Gewährträgerhaftung nur noch für Verbindlichkeiten, die vor dem 18. Juli 2001 eingegangen wurden oder die zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 eingegangen wurden und deren Laufzeit maximal bis zum 31.12.2015 reicht. Für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstanden sind, besteht keine Gewährträgerhaftung seitens der Kommunen mehr.

Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind.
Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind organisatorisch und wirtschaftlich ausgegliederte Sondervermögen der Kommunen, die jedoch keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. Für sie gelten die besonderen Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes.

Genossenschaften

Die eingetragene Genossenschaft ist eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zum Ziel hat. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet den Gläubigern nur das Vermögen der Genossenschaft.
Die Haftung der Mitglieder ist demnach auf ihre Geschäftsanteile beschränkt. Im Konkursfall besteht allerdings für die Mitglieder eine Nachschusspflicht, es sei denn, die Satzung schließt dies aus.
Organe der Genossenschaft sind die Mitgliederversammlung bzw. Vertreterversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

1.3 Erläuterungen zur Rechnungslegung der Beteiligungsunternehmen

Der Gewässerverband Bergstraße bedient sich nach den Vorschriften der HGO, der GemHVO Doppik und der Gemeindekassenordnung der kommunalen doppischen Buchführung. Die Umstellung des Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik erfolgte zum 01.01.2009.

Alle andere Beteiligungsunternehmen der Stadt Bensheim führen ihre Bücher gemäß der Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) bzw. des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes), also nach der kaufmännischen Buchführung. Es wird am Ende eines Geschäftsjahres ein Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung erstellt.
Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Die Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses.
Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern.
Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert.
Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten.
Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.
Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.
Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d. h. eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, welche bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt wurden, die Leistungserfüllung aber erst im Folgejahr erfolgt.
Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –Verlust des Vorjahres.
Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses.
Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.
Zu den **Rechnungsabgrenzungsposten** auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

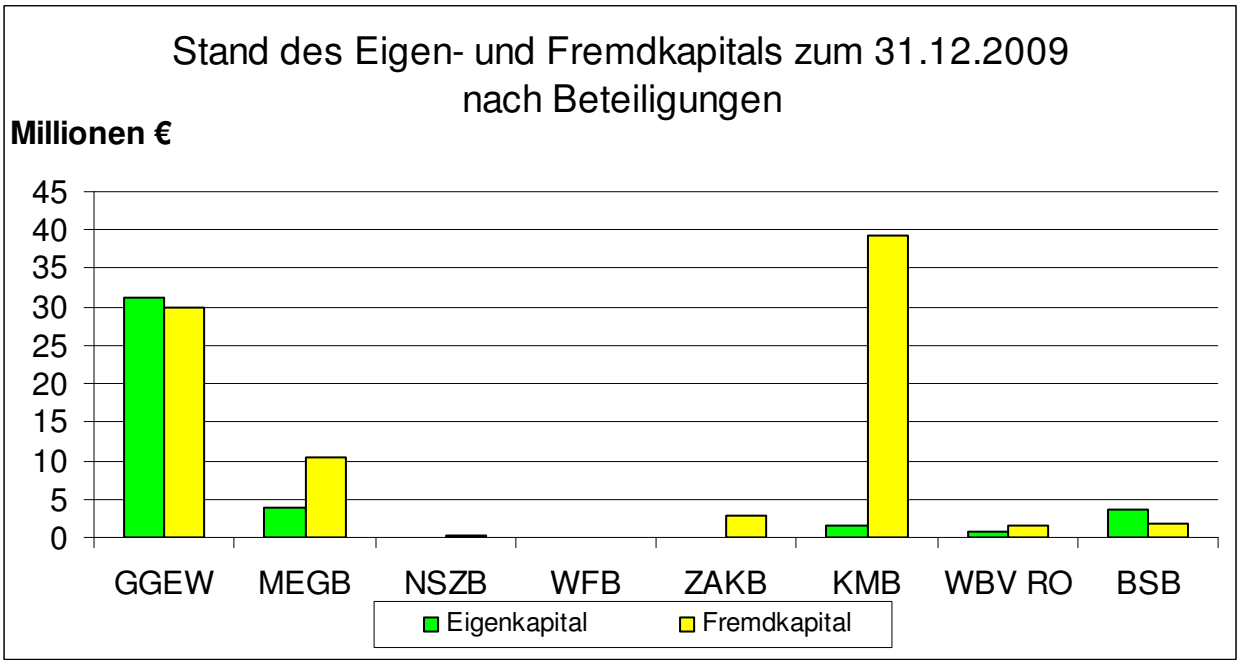
Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich.
Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis, im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt - dar.
Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen. Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst.
Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen.
Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

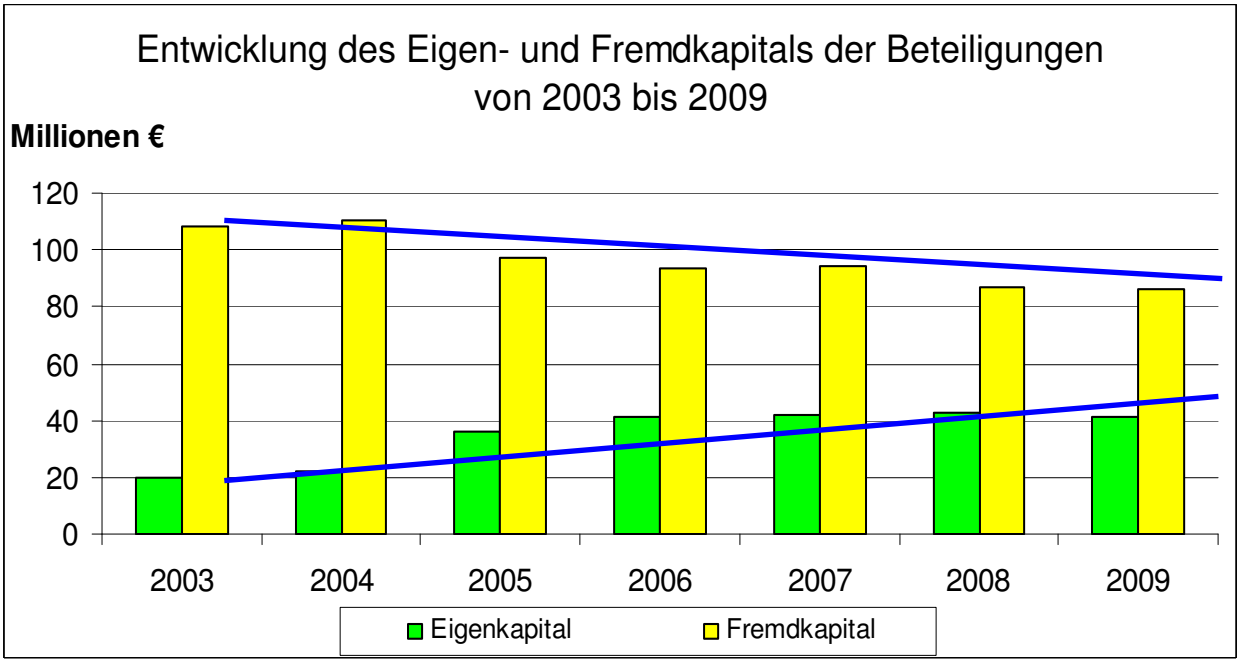
1.4 Übersicht über die Beteiligungsverhältnisse

STADT BENSHEIM

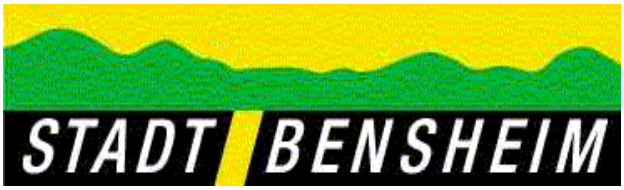
Kapitalgesell-schaften	Zweckverbände	Wasser- und Bodenverbände	Eigenbetriebe	sonstige Beteiligungen
GGEW Strom.Gas.Wasser. 62,06 %	zakb 11,61 %	13,5 %	BSB Bauhof Service Bensheim 100 %	2,04 %
MEGB 100 %	KMB Kommunal-Wirtschaft Mittlere Bergstraße 69,10 %	GEWÄSSERVERBAND bergstraße 13,679 %		Sparkasse Bensheim 53,5 % Gewährträger-haftung
NaturschutzZentrum Bergstraße 30 %				
WIRTSCHAFTSREGION BERGSTRASSE 4,95 %				

1.5 Übersicht über den Stand des anteiligen Eigen- und Fremdkapitals zum 31.12.2009 sowie die Entwicklung in den Jahren 2003 bis 2009





2. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften



MEGB

2.1 Gruppen- Gas- und Elektrizitätswerk Bergstraße Aktiengesellschaft

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	Dammstraße 68; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen, die Errichtung, der Erwerb, die Pachtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Nebenprodukten aller Art. Hierzu gehört auch die entgeltliche Bereitstellung der eigenen Anlagen an Dritte sowie der entgeltliche Erwerb fremder Netzkapazitäten zum Zweck der Versorgung Dritter mit Elektrizität, Gas und Wasser.
Gründung:	1886
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 21030
Stammkapital:	6.130.200,00 €
Organe des Unternehmens:	**Vorstand** - Bauass. Dr.-Ing. Peter Müller **Bezüge Geschäftsführung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. **Aufsichtsrat** <u>Vorsitzender</u> - Bürgermeister Thorsten Herrmann <u>Stellv. Vorsitzender</u> - Bürgermeister Erich Maier (bis 28.08.2009) - Bürgermeister Günter Martini (ab 28.08.2009) <u>weitere Mitglieder</u> - Rektor Norbert Bauer - Bürgermeister Dr. Holger Habich - Personalfachkaufmann Stefan Kiefer * - Bürgermeister Olaf Kühn - Dipl. Ing. Carmelo Torre (ab 28.08.2009)* - Betriebsschlosser Gerhard Laut (bis 28.08.2009)* - Bürgermeister Georg Rausch - Gasmonteur Hans-Ludwig Ritz * - Technischer Zeichner Frank Schröder * - Chemielaborant Markus Woißyk *) Arbeitnehmervertreter
Gesamtbezüge des Aufsichtsrates:	Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 33 TEUR.
Beteiligungsverhältnisse:	

- Stadt Bensheim	62,06 %
- Stadt Zwingenberg	12,20 %
- Stadt Seeheim-Jugenheim	8,08 %
- Stadt Bickenbach	7,65 %
- Stadt Alsbach-Hähnlein	5,93 %
- Beteiligungsgesellschaft der Stadt Lampertheim	4,08 %

Beteiligungen des Unternehmens:

-	Wärmeversorgung Bergstraße GmbH, Bensheim	(220.000 EUR)
-	GGEW Trading Lampertheim GmbH	(101.950 EUR)
-	GGEW net GmbH	(9.000 EUR)
-	Energie Ried GmbH & Co.KG	(6.998.327 EUR)
-	Energie Ried Verwaltungs-GmbH	(8.600 EUR)
-	SüdWestStrom Windpark GmbH & Co. KG	(2.500 EUR)
-	Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher	(1.023 EUR)
	Versorgungsunternehmen AG, Frankfurt/Main	(78.750 EUR)
-	Wohnbau Bergstraße eG, Bensheim	(500 EUR)
-	Volksbank Bergstraße eG, Heppenheim/Bensheim	

Bürgschaften der Stadt Bensheim:

-	Sparkasse Bensheim	Stand 31.12.2009 i.H.v.	490 TEUR
-	Sparkasse Bensheim	Stand 31.12.2009 i.H.v.	809 TEUR

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Bensheim:

Die Stadt Bensheim hat Bürgschaften in o.g. Höhe für die GGEW AG übernommen. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der GGEW AG ist davon auszugehen, dass die Bürgschaften nicht zu Lasten der Stadt Bensheim zu zahlen sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die GGEW AG erfüllt den öffentlichen Zweck, indem sie im Zuge der Daseinsversorgung die Verteilung von Strom, Gas und Wasser durch Unterhaltung der Leitungs- und Rohrnetze sichert und somit die Bedarfsdeckung gewährleistet.
Mit der Übernahme der Bäderbetriebe der Stadt Bensheim zum 01.10.2003 fördert sie zusätzlich den Sport und das Freizeitangebot.

Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO:

Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Die vergangenen Jahre haben stets zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes beigetragen. Die GGEW AG beschränkt sich auf ihren regionalen Wirkungskreis und deckt den Bedarf an Strom, Gas und Wasser seiner Aktionäre, welcher in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist.

Abschlussprüfer:

Der Jahresabschluss der GGEW AG zum 31.12.2009 wurde von der Firma Schüllermann und Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	520.244,69	605.709,48
Sachanlagen	51.519.532,91	53.890.520,17
Finanzanlagen	7.171.225,94	7.467.241,40
Summe Anlagevermögen	**59.211.003,54**	**61.963.471,05**
Umlaufvermögen		
Vorräte	423.921,53	429.916,86
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.795.480,13	31.697.550,28
Wertpapiere	0,00	0,00
Flüssige Mittel	4.542.376,74	11.031.162,69
Summe Umlaufvermögen	**38.761.778,40**	**43.158.629,83**
Rechnungsabgrenzungsposten	377.687,88	53.641,64
SUMME AKTIVA	**98.350.469,82**	**105.175.742,52**

PASSIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	6.130.200,00	6.130.200,00
Kapitalrücklagen	34.937.988,47	33.347.988,47
Gewinnrücklagen	6.708.621,07	12.185.221,07
Bilanzgewinn	2.544.071,41	2.544.108,70
Summe Eigenkapital	**50.320.880,95**	**54.207.518,24**
Empfangene Ertragszuschüsse	5.434.873,00	6.330.795,00
Rückstellungen	5.008.150,86	7.940.326,38
Verbindlichkeiten	37.555.336,51	36.629.594,69
Rechnungsabgrenzungsposten	31.228,50	67.508,21
SUMME PASSIVA	**98.350.469,82**	**105.175.742,52**

AKTIVA (von 105.176 TEUR um 6.826 TEUR auf 98.350 TEUR gesunken)

Anlagevermögen:
(von 61.963 TEUR um 2.752 auf 59.211 TEUR gesunken)
Das Sachanlagevermögen wurde um die planmäßigen Abschreibungen verringert.

Umlaufvermögen
(von 43.159 TEUR um 4.397 TEUR auf 38.761 TEUR gesunken)
Das Guthaben bei Kreditinstituten ist um 6.100 TEUR gesunken und somit hauptverantwortlich für den Rückgang des Umlaufvermögens.

PASSIVA (von 105.176 TEUR um 6.826 TEUR auf 98.350 TEUR gesunken)

Eigenkapital
(von 54.208 TEUR um 3.888 TEUR auf 50.320 TEUR gesunken)
Der Grund für den Rückgang ist die Entnahme aus den anderen Gewinnrücklagen, die zur Deckung des erwirtschafteten Jahresfehlbetrages und der Dividende herangezogen wurde.

Rückstellungen
(von 7.940 TEUR um 2.932 auf 5.008 TEUR gesunken)
Der Ansatz, der zu bildenden Rückstellungen, ist geringer als im Vorjahr.

Verbindlichkeiten
(von 36.629 TEUR um 926 auf 37.555 TEUR gestiegen)
Die deutliche Steigerung der Verbindlichkeiten ist auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bleiben nahezu identisch. Es fand im abgelaufenen Geschäftsjahr lediglich eine Umschuldung in Höhe von 4.678 TEUR von der KfW zur Volksbank Bergstraße statt.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	169.974.195,66	160.472.347,92
Andere aktivierte Eigenleistungen	980.032,06	1.232.342,52
Sonstige betriebliche Erträge	1.960.358,40	1.371.882,66
Summe betrieblicher Erträge	**172.914.586,12**	**163.076.573,10**
Materialaufwand	-153.031.929,87	-136.177.666,65
Personalaufwand	-8.501.624,92	-8.203.633,45
Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.751.236,23	-4.831.194,82
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.020.389,06	-11.200.523,75
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-175.305.180,08**	**-160.413.018,67**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**-2.390.593,96**	**2.663.554,43**
Erträge aus Beteiligungen	666.868,79	367.304,88
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.779,61	4.773,86
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	144.108,34	444.114,63
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-558.966,00	-558.966,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-847.719,16	-832.113,53
Finanzergebnis	**-600.487,64**	**-574.886,16**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.981.522,41**	**2.088.668,27**
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	**0,00**	**0,00**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-79.549,89	-702.610,34
Sonstige Steuern	30.631,77	-55.698,76
	-48.918,12	-758.309,10
Jahresüberschuss/Fehlbetrag	**-2.932.604,29**	**1.330.359,17**
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	**75,70**	**49,53**
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	**5.476.600,00**	**1.213.700,00**
Bilanzgewinn	**2.544.071,41**	**2.544.108,70**

Bedingt durch die höheren Umsatzerlöse, welche gegenüber dem Vorjahr um 9.502 TEUR gestiegen sind, hat sich auch entsprechend der Materialaufwand erhöht.

Der Personalaufwand ist von 8.204 TEUR im Vorjahr um 298 TEUR auf 8.502 TEUR gestiegen.

Insgesamt ist die Summe der betrieblichen Aufwendungen um 14.892 TEUR auf einen Betrag von 175.305 TEUR gestiegen.

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr -2.390 TEUR (im Vorjahr 2.663 TEUR).

Das Finanzergebnis weist eine geringe Verschlechterung um 26 TEUR auf und beträgt somit -600 TEUR.

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt im Jahr 2009 -2.981 TEUR und hat sich somit im Vergleich zum Vorjahr (2.088 TEUR) um 5.069 TEUR verschlechtert.

Wie auch im Vorjahr betragen die außerordentlichen Erträge sowie die außerordentlichen Aufwendungen 0,00 EUR. Somit beträgt das außerordentliche Ergebnis ebenfalls 0,00 EUR.

Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2009 ein Jahresfehlbetrag von -2.932 TEUR (Vorjahr 1.330 TEUR). Durch den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr (50 EUR) und die Entnahme aus der Gewinnrücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 2.544 TEUR, welcher dem Bilanzgewinn aus dem Vorjahr (ebenfalls 2.544 TEUR) entspricht.

Lage des Unternehmens:

Der Geschäftsverlauf der GGEW AG wurde im Jahr 2009 von den negativen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt. Der mit dem wirtschaftlichen Abschwung korrespondierende Produktionsrückgang – mit sinkender Nachfrage – war vor allem im Stromgeschäft bemerkbar.
Daneben war das Jahr 2009 durch die sich verschärfende Wettbewerbssituation, insbesondere auf dem Gasmarkt, geprägt. Zum 01.01.2009 wurden die Gaspreise in der Grundversorgung und in den Vario-Tarifen zwischen 0,50 und 0,55 Cent/kWh erhöht. Zum 01.04.2009 könnten diese Erhöhungen nahezu wieder auf den alten Stand reduziert werden. Ebenfalls wurden die Strompreise zum 01.01.2009 um 2,00 Cent kWh erhöht. Diese Preisanpassung war aufgrund der Bezugkostensteigerungen unumgänglich.

Im regionalen Wettbewerb, der sich durch den Markteintritt der 100% HSE-Tochter e-ben GmbH & Co. KG verschärfte, war die GGEW äußerst erfolgreich. Trotz verstärkter Anstrengungen von e-ben Kunden der GGEW AG zu gewinnen, verzeichnete die GGEW AG selbst einen unerwartet hohen Zugang von Kunden aus dem Netzgebiet der HSE. Auch 2009 setzte sich diese positive Tendenz fort, sodass fünf mal mehr Kunden gewonnen werden konnten als gewechselt sind.
Die auf das Netzgebiet der GGEW ausgerichtete Vertriebsstrategie benachteiligt entega-Kunden im HSE-Netzgebiet und unterliegt derzeit einer gerichtlichen Prüfung.

Der Stromumsatz konnte trotz einer Minderabgabe aufgrund von Preiserhöhungen um 4,9% auf 117.300 TEUR steigen. Im Gasbereich erhöhte sich insbesondere durch das Kundenwachstum der Umsatz um 9,6% auf 45.600 TEUR. Die Wasserabgabe blieb nahezu konstant (-0,2%) bei 2.690.504 m³.

Das Risikomanagement ist seit Jahren als permanenter Prozess in die Arbeitsabläufe integriert und wichtiger Bestandteil des internen Kontrollsystems. Die identifizierten Risiken sind im Wesentlichem Marktrisiken, wie z.B. Kundenverluste, Einkaufsrisiken auf den äußerst volatilen Energiemärkten und Umfeldrisiken.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Die bisherige Entwicklung im Jahr 2010 stellt sich anhand der Bezugszahlen wie folgt dar:

Der Gasbezug liegt in den ersten beiden Monaten trotz Rückgang bei den Sondervertragskunden und etwas wärmeren Temperaturen in einer ähnlichen Größenordnung wie im Vorjahr. Der Strombezug lag insbesondere aufgrund des Zugangs bei Industrie- und Gewerbekunden nach dem Krisenjahr in den ersten beiden Monaten um rund 12 % über dem Vorjahreswert. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, könnte im Jahr 2010 erstmals die Marke von einer Milliarde kWh überschritten werden. Beim Wasserabsatz ist von keiner wesentlichen Änderung auszugehen.
Das Hauptaugenmerk im Jahr 2010 liegt auf dem Ausbau des Geschäftsfeldes der regenerativen Erzeugung. Für die unmittelbaren Investitionen in diesen Bereich sind für das laufende Jahr rund 5.000 TEUR eingeplant. Zusätzlich investiert die GGEW 10.000 TEUR in die SüdWestStrom Windpark GmbH & Co. KG. Dieses Investitionsvolumen wurde seitens der Hessischen Landesregierung durch das Instrument der Bürgschaftsvergabe unterstützt.

Aus heutiger Sicht wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch in den nächsten zwei Jahren von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beeinträchtigt bleiben. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld erschwert die Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2010. Derzeit ist davon auszugehen, dass auch im Jahr 2010 wiederum ein Ergebnis in Höhe des bereinigten Ergebnisses 2009 erwirtschaftet wird.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	51,2	51,5
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	48,8	48,4
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	85,0	87,5
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	15,7	39,8
Liquidität 2. Grades in %	(liquide Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	132,5	153,0

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalrentabilität in %	Gewinn x 100 / Eigenkapital	5,1	4,7
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK - Zinsen) x 100 / Gesamtkapital	3,5	3,2
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	1,5	1,6
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	2,6	2,4
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	98,3	101,6

MEGB

2.2 Marketing- und Entwicklungs- Gesellschaft Bensheim mbH

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	Hauptstraße 39; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und Bewirtschaftung von Immobilien der Gesellschaft und der Stadt Bensheim sowie die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen aus dem Immobilienbestand der Gesellschaft. Weiterhin gehört es zu den Aufgaben der Gesellschaft, für die Stadt Bensheim Dienstleistungen im Immobilienbereich, wie Management-, Beratungs-, Vermittlungs- und Verwaltungsaufgaben, auszuführen sowie sonstige Service- und Beratungsleistungen zu erbringen.
Gründung:	10.06.1975 (bis 11.08.2000 Bensheimer Bürgerhaus GmbH)
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 21230
Stammkapital:	282.000,00 €
Organe des Unternehmens:	**Geschäftsführung** - Herr Helmut Richter (seit 01. April 2007) **Bezüge Geschäftsführung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. **Aufsichtsrat** - Frau Carola Heimann (Vorsitzende) - Herr Dr. Helmut Prestel (stellv. Vorsitzender) - Herr Dirk Hansen - Herr Dr. Manfred Zumtobel **Sitzungsgelder des Aufsichtsrates** An Sitzungsgeldern wurde im Jahr 2009 insgesamt 5 TEUR ausgezahlt. **Beirat** - Herr Oliver Roeder (Vorsitzender) - Herr Dr. Klaus Brückner (stellv. Vorsitzender) - Herr Jörg Zimmermann - Herr Markus Woißyk - Herr Dr. Wolfgang Johannsen - Herr Holger Steinert - Herr Bernd Degenhardt - Frau Carola Heimann bzw. deren Stellvertreter - Herr Bgm. Thorsten Herrmann bzw. dessen Stellvertreter - Herr Helmut Richter - Herr Wolfgang Weiß - Herr Henning Ameis **Sitzungsgelder des Beirates** An Sitzungsgeldern wurde im Jahr 2009 insgesamt 2 TEUR ausgezahlt.

	Gesellschafterversammlung - Herr Bgm. Thorsten Herrmann (Vorsitzender) - Herr Reinhard Grohrock - Herr Peter Rapson - Herr Matthias Schimpf - Frau Carola Heimann - Herr Volker Opitz - Herr Bernhard Wahlig - Herr Peter Kalb - Herr Helmut Sachwitz - Herr Hans Seibert
Beteiligungsverhältnisse:	Alleinige Gesellschafterin der MEGB ist unverändert die Stadt Bensheim.
Beteiligungen des Unternehmens:	Gemeinnützige Gesellschaft Naturschutzzentrum Bergstraße mbH (10 T€)
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Es bestehen Bürgschaften in Höhe von 5.580 TEUR per Saldo zum 31.12.2009.
Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Die Stadt Bensheim hat Bürgschaften in o.g. Höhe für die MEGB mbH übernommen. Aufgrund der seit 4 Jahren andauernden positiven Entwicklung der MEGB ist von keiner weiteren Beeinträchtigung der städtischen Haushaltswirtschaft auszugehen.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Dem öffentlichen Zweck wird insbesondere durch die Schaffung neuer und den Erhalt von Arbeitsplätzen gedient. Die Ansiedlung neuer Unternehmen trägt weiterhin dazu bei, den Wirtschaftsstandort Bensheim zu stärken und auch in Zukunft dessen Attraktivität zu steigern.
Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO:	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren Gewinne erwirtschaftet, welche der Rücklage zugeführt wurden. Das Tätigkeitsfeld der MEGB erstreckt sich auf das Stadtgebiet Bensheims.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss der Marketing- und Entwicklungs-Gesellschaft Bensheim mbH zum 31.12.2009 wurde von der Rölfs WP Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.654,00	8.000,00
Sachanlagen	3.942.963,83	4.182.461,66
Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00
Summe Anlagevermögen	**3.955.617,83**	**4.200.461,66**
Umlaufvermögen		
Vorräte	3.928.479,64	2.251.597,35
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.360.633,31	377.043,58
Sonstige Vermögensgegenstände	97.285,86	365.214,93
Liquide Mittel	2.963.634,31	3.947.938,90
Summe Umlaufvermögen	**8.350.033,12**	**6.941.794,76**
Rechnungsabgrenzungsposten	1.949.698,85	2.172.961,69
SUMME AKTIVA	**14.255.349,80**	**13.217.545,39**

PASSIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	282.000,00	282.000,00
Kapitalrücklage	15.230.187,86	15.230.187,86
Verlustvortrag	-12.008.511,19	-12.223.820,07
Jahresüberschuss	350.318,64	215.308,88
Summe	**3.853.995,31**	**3.503.676,67**
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	387.635,00	473.775,00
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	0,00	6.200,00
Sonstige Rückstellungen	2.364.359,34	2.027.672,51
Summe	**2.364.359,34**	**2.033.872,51**
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegen Kreditinstituten	5.579.702,73	5.810.941,19
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	673.964,76	86.048,22
Sonstige Verbindlichkeiten	1.395.692,66	1.307.071,35
Summe	**7.649.360,15**	**7.204.060,76**
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	529,57
SUMME PASSIVA	**14.255.349,80**	**13.217.545,39**

AKTIVA (von 13.218 um 1.037 TEUR auf 14.255 gestiegen)

Anlagevermögen:
(von 4.200 TEUR um 205 TEUR auf 3.955 TEUR gesunken)
Das Anlagevermögen der Gesellschaft besteht unverändert im Wesentlichen aus Bauten auf Grundstücken der Stadt Bensheim und unbebautem Ackerland im Stubenwaldgelände.
Die bilanzierten Herstellungskosten für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an den langfristig von der Stadt Bensheim angemieteten Gebäuden wurden im Rahmen der Neufassung klarstellender Regelungen zur Abgeltung der bei der MEGB mbH angefallenen Kosten bei vorzeitiger Kündigung oder Laufzeitende der Pachtverträge bereits zum 31. Dezember 2003 in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten umgegliedert. Der umgegliederte Betrag in Höhe von 2.630 TEUR wird seit dem Geschäftsjahr 2003 zeitratierlich über die neue Laufzeit der Pachtverträge aufwandswirksam abgewickelt.

Umlaufvermögen:
(von 6.942 TEUR 1.408 um auf 8.350 TEUR gestiegen)
Die bilanzierten Vorräte der Gesellschaft bestehen aus unbebauten Verkaufsgrundstücken sowie aus unfertigen Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den unbebauten Verkaufsgrundstücken handelt es sich um Restflächen des Gewerbegebietes Stubenwald. Die Herstellungskosten hiefür setzen sich aus den Anschaffungskosten der Grundstücksparzellen sowie den Kosten für die Erschließungs- und Ausgleichsmaßnahmen zusammen. Da die Erschließung noch nicht abgeschlossen ist, werden hierdurch weitere Aufwendungen verursacht. Für die bereits verkauften Flächen, für die ebenfalls noch Erschließungsaufwendungen anfallen werden, wurden Rückstellungen gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten:
Hierin enthalten sind die im Geschäftsjahr 2003 aus dem Sachanlagevermögen umgegliederten Restbuchwerte der an den stadteigenen Gebäuden durchgeführten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die zeitratierlich über die Laufzeit der Pachtverträge aufwandswirksam abgewickelt werden.

PASSIVA (von 13.218 um 1.037 TEUR auf 14.255 gestiegen)

Eigenkapital:
(von 3.504 TEUR um 350 TEUR auf 3.854 TEUR gestiegen)
Die MEGB verfügt zum 31. Dezember 2009 über ein Eigenkapital in Höhe von 3.854 TEUR. Im Geschäftsjahr 2004 bestand noch ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 9.797 TEUR. Um diese Überschuldung der Gesellschaft zu beseitigen, hatte die Stadt Bensheim in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2004 beschlossen, eine weitere Erhöhung der Kapitalrücklage in Höhe von 12.527 TEUR zum 01. Januar 2005 vorzunehmen.

Sonderposten:
(von 474 TEUR um 87 TEUR auf 387 TEUR gesunken)
Stichtagsbezogen beträgt der Sonderposten für Investitionszuschüsse 387 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies einen Rückgang in Höhe von 18,4 % dar.

Verbindlichkeiten:
(von 7.204 TEUR um 445 TEUR auf 7.649 TEUR gestiegen)
Wesentliche Bestandteile des Fremdkapitals sind zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Bensheim mit 1.312 TEUR und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 5.580 TEUR. Es erfolgte im Berichtszeitraum keine weitere Kreditneuaufnahme.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	2.661.477,83	2.790.013,62
Bestandsveränderungen	-1.120.554,20	-904.087,61
Gesamtleistung	**1.540.923,63**	**1.885.926,01**
Materialaufwand	-731.689,92	-1.165.899,81
Rohertrag	809.233,71	720.026,20
Sonstige betriebliche Erträge	500.684,61	612.223,39
Rohertrag einschl. sonst. betrieblicher Erträge	**1.309.918,32**	**1.332.249,59**
Personalaufwand	-294.802,50	-265.429,88
Abschreibungen	-255.077,49	-268.889,89
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-255.049,94	-265.744,39
Operatives Ergebnis	**504.988,39**	**532.185,43**
Finanzergebnis	**-146.119,13**	**-317.000,00**
Gesamtergebnis vor Steuern	**358.869,26**	**215.743,02**
Steuern	-8.550,62	-434,14
Jahresüberschuss	**350.318,64**	**215.308,88**

Die Gesamtleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2008 um 345 TEUR reduziert. Die Umsatzerlöse setzen sich im Wesentlichen aus den Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücksflächen Stubenwald und der Vermietung von Immobilien zusammen.

Der Materialaufwand hat einen Anteil von 47,5% (Vorjahr: 61,8%) an der Gesamtleistung und besteht im Wesentlichen aus bezogenen Leistungen die Vermietung von Immobilien betreffend und aus der Rückstellungsbildung für Stubenwald und Instandhaltung.

Der Gesellschaft verbleibt ein Rohbetrag von 809 TEUR. Dies entspricht 52,5% (im Vorjahr um 14% weniger) der Gesamtleistung.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere 290 TEUR aus dem Verlustausgleich durch die Stadt Bensheim für eine Bestandsimmobilie enthalten. Außerdem sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen 86 TEUR aus der Auslösung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil und 60 TEUR aus dem Geschäftbesorgungsvertrag Wirtschaftsförderung erfasst.

Der Personalaufwand von 294 TEUR hat einen Anteil von 19,1% an der Gesamtleistung. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen um 29 TEUR gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten, für Abschlusserstellung und Prüfung sowie Aufwendungen für Buchführung und Steuerberatung in Höhe von 91 TEUR.

Unter dem Finanzergebnis werden Zinserträge in Höhe von 101 TEUR sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 248 TEUR ausgewiesen. Das Finanzergebnis mit -147 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr (-317 TEUR) wesentlich verbessert. Die Ursache hierfür ist im Wesentlichen die gesunkene Zinsbelastung aus Darlehen bei Kreditinstituten.

Insgesamt schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von 350 TEUR ab.

Lage des Unternehmens:

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2009 zum vierten Mal in Folge ein positives Jahresergebnis erzielen.

Die Umsätze wurden im Wesentlichen mit der Vermietung von Bestandsimmobilien (939 TEUR) sowie aus Grundstücksverkäufen des Erschließungsgebietes Stubenwald (1.326 TEUR) und der Rückgabe der Immobilie Wambolter Hof (328 TEUR) erzielt.

Das Jahresergebnis ist mit Aufwendungen für die Instandhaltung der Bestandsimmobilien (108 TEUR) belastet und zugleich wurden weitere Zuführungen zur Rückstellung für Instandhaltung in Höhe von 260 TEUR vorgenommen. Die Gesamtaufwendungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Bestandsimmobilien beläuft sich auf 700 TEUR.

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über flüssige Mittel in Höhe von 2.964 TEUR. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war dadurch die Liquidität durchgehend gewährleistet.

Der mit der Stadt Bensheim geschlossene Pachtvertrag über die Bestandsimmobilie Wambolter Hof wurde mit Wirkung zum 01.01.2009 aufgelöst. Für alle im Vermögen der MEGB befindlichen Posten wurde von Seiten der Stadt Bensheim ein Ausgleichszahlung in Höhe von 328 TEUR geleistet.

Mit Auslaufen der Zinsbindung zum 15.02.2010 wurde ein Darlehen der KfW, für das die Stadt Bensheim eine Ausfallbürgschaft übernommen hatte, in Höhe von 82 TEUR vollständig getilgt.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Für Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Bestandsimmobilien hat die Gesellschaft sowohl im Vorjahr wie auch im laufenden Geschäftsjahr Zuführungen zu den Instandhaltungsrücklagen vorgenommen. Zum 31.12.2009 bestehen insgesamt Rückstellungen für Instandhaltung in Höhe von 1.012 TEUR, sodass kurz- bis mittelfristig anfallende Maßnahmen ausreichend abgedeckt sind. Entsprechend der Liquiditätssituation der Gesellschaft sollen geplante Maßnahmen kontinuierlich durchgeführt werden.

Weiterhin sind positive Verkaufserwartungen im verbleibenden Stubenwaldgelände zu erwarten, was sich auch im Wirtschaftsplan dokumentiert wieder findet. Der durch die Stadtverordnetenversammlung am 13.03.2008 gefasste Beschluss zur Aufnahme eines neuen Erschließungsgebietes im Stubenwald in die Regionalplanung Südhessen, welches sich bereits im Eigentum der MEGB befindet, eröffnet der Gesellschaft auch in naher Zukunft die Möglichkeit einer positiven Entwicklung.

Mögliche Risiken aus dem Verkauf von Flächen aus dem Erschließungsgebiet Stubenwald sind im Rahmen der verlustfreien Bewertung ausreichend abgedeckt. Zudem bestehen durch die Ablösung der Finanzierungsdarlehen keine Finanzierungskosten mehr.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	27,0	26,5
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	73,0	73,5
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	292,3	305,8
Liquidität 2. Grades in %	(liqu. Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	436,1	75,1

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK.zinsen) x 100 / Gesamtkapital	4,2	4,8
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	13,2	7,7
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	2,5	1,6
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	119,5	141,92

2.3 Gemeinnützige Gesellschaft Naturschutzzentrum Bergstraße mbH

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	An der Erlache 17; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Zweck und Gegenstand des Unternehmens ist die Sensibilisierung der regionalen Bevölkerung für die Zukunftsaufgaben des Naturschutzes und der Umwelt. Ihre Aufgabe besteht darin, der Bevölkerung Angebote für Umweltbildung, Naturerlebnis und auch Naturtourismus zu unterbreiten.
Gründung:	28.11.2002
Stammkapital:	50.000 €
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 25562
Organe des Unternehmens:	**Geschäftsführung** - Herr Karl-Heinz Weigold - Herr Dr. Michael Zanger (bis 14.07.2009) - Herr Mathias Lannert (ab 15.07.2009) **Gesellschafterversammlung** - Stadt Bensheim — 1 Vertreter mit Stimmrecht; 1 Vertreter mit beratender Stimme - Kreis Bergstraße — 1 Vertreter mit Stimmrecht; 2 Vertreter mit beratender Stimme MEGB — 1 Vertreter mit Stimmrecht **Beirat** - Stadt Bensheim — 5 Vertreter - Kreis Bergstraße — 5 Vertreter
Gesamtbezüge der Geschäftsführung:	Die Geschäftsführung hat im Geschäftsjahr 2009 keine Vergütungen erhalten.
Beteiligungsverhältnisse:	- Stadt Bensheim 15.000 € = 30% - Kreis Bergstraße 25.000 € = 50 % - MEGB 10.000 € = 20 %
Beteiligungen des Unternehmens:	Zurzeit bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29.08.2002 gewährt die Stadt Bensheim ab dem Geschäftsjahr 2004 bis einschließlich Geschäftsjahr 2014 einen jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 50.000 €.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist, die regionale Bevölkerung für die Zukunftsaufgaben des Naturschutzes und der Umwelt zu sensibilisieren. Ihre Aufgabe besteht darin, der Bevölkerung Angebote für die Umweltbildung, Naturerlebnis und auch Naturtourismus zu unterbreiten. Zur Verwirklichung dieses Zweckes hat die gemeinnützige Gesellschaft auf einem Erbpachtgrundstück der Stadt Bensheim ein Gebäude mit Nebenanlagen als Naturschutzzentrum errichtet, das am 22.06.2004 eröffnet wurde.
Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO:	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Die Gesellschaft verfügt über keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ein möglicher Verlust von bis zu 50 TEUR wird durch den Kreis Bergstraße ausgeglichen.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss der gemeinnützigen Gesellschaft Naturschutzzentrum Bergstraße mbH zum 31.12.2009 wurde von der Fa. Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.975,00	3.249,00
Sachanlagen	984.197,00	1.010.851,00
Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00
Summe Anlagevermögen	**1.036.172,00**	**1.064.100,00**
Umlaufvermögen		
Vorräte	3.224,28	628,93
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.886,87	1.786,17
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	51.179,76	48.057,14
Summe Umlaufvermögen	**58.290,91**	**50.472,24**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0,00**	**0,00**
SUMME AKTIVA	**1.094.462,91**	**1.114.572,24**

PASSIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
Gewinnvortrag	21.825,21	14.400,59
Jahresüberschuss	-3.659,45	7.424,62
Summe Eigenkapital	**68.165,76**	**71.825,21**
Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	987.806,60	1.054.080,93
Rückstellungen	10.130,00	13.470,00
Verbindlichkeiten	9.860,55	9.603,03
Rechnungsabgrenzungsposten	**18.500,00**	**0,00**
SUMME PASSIVA	**1.094.462,91**	**1.114.572,24**

AKTIVA (von 1.115 TEUR um 21 TEUR auf 1.094 TEUR gesunken)

Anlagevermögen:
(von 1.064 TEUR um 80 TEUR auf 984 TEUR gesunken)
Im Anlagevermögen sind die Sachanlagen um die planmäßigen Abschreibungen verringert worden.

Umlaufvermögen:
(von 50 TEUR um 8 TEUR auf 58 TEUR gestiegen)
Die Vorräte, Forderungen sowie die liquiden Mittel (Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks) haben sich erhöht.

PASSIVA (von 1.115 TEUR um 21 TEUR auf 1.094 TEUR gesunken)

Eigenkapital:
(von 72 TEUR um 4 TEUR auf 68 TEUR gesunken)
Das Eigenkapital ist aufgrund des erwirtschafteten Jahresfehlbetrages im Geschäftsjahr 2009 gesunken.

Verbindlichkeiten
Es bestehen keine Kreditverbindlichkeiten zu Geldinstituten.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	85.302,72	80.029,58
Sonstige betriebliche Erträge	121.763,89	131.058,94
Summe betrieblicher Erträge	**207.066,61**	**211.088,52**
Materialaufwand	-9.920,80	-11.916,54
Personalaufwand	-96.365,95	-81.618,33
Abschreibungen	-33.577,38	-32.696,95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72.745,33	-80.478,77
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-212.609,46**	**-206.710,59**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**-5.542,85**	**4.377,93**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.886,58	3.047,39
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3,18	0,59
Finanzergebnis	**1.883,40**	**3.046,80**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-3.659,45**	**7.424,73**
Sonstige Steuern	0,00	-0,11
Jahresüberschuss	**-3.659,45**	**7.424,62**

Die Umsatzerlöse konnten im Geschäftsjahr um 5 TEUR erhöht werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 TEUR verringert. Insgesamt ist die Summe der betrieblichen Erträge um 4 TEUR gesunken.

Die Aufwendungen blieben nahezu auf dem selben Niveau wie im Vorjahr. Im Gesamten war eine Aufwandszunahme von 6 TEUR zu verzeichnen.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 9 TEUR niedriger als im Vorjahr (Berichtsjahr: -5 TEUR, Vorjahr: 4 TEUR).

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 2009 -4 TEUR. Das ist eine Reduzierung von 10 TEUR im Vergleich zum Jahr 2008 und gleichbedeutend mit einem Verlust.

Der Jahresüberschuss des Vorjahres hat sich aufgrund fehlender Einnahmen aus sonstiger betrieblicher Tätigkeit in einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -3.659,45 EUR gedreht.

Lage des Unternehmens:

Bei den Besucherzahlen ergab sich ein Anstieg auf 16.200 Personen. Die Umsatzerlöse konnten von 80 TEUR auf 85 TEUR erhöht werden. Diese Erhöhung ist auf den Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 5 TEUR im Sachanlagenbereich vorgenommen, die mit 2 TEUR auf den Werkraum und 3 TEUR auf geringwertige Wirtschaftsgüter (Sammelposten) entfallen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 11 TEUR verringert. Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil erhöhten sich um 2 TEUR. Die Spendeneinnahmen haben sich um 2 TEUR reduziert. Ebenfalls wurden die Kostenzuschüsse des Kreises Bergstraße um 5 TEUR reduziert.

Personalaufwendungen sind im Wirtschaftsjahr 2009 in Höhe von 96 TEUR angefallen. Fest angestellt ist die pädagogische Leiterin (3/4-Stelle), eine Sekretariatsbedienstete und eine Erzieherin ab 01.10.2008 (beide je 50% Teilzeitarbeit) sowie in der Regel bis zu drei Mitarbeiter auf „Mini-Job“- Basis. Die beiden Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig. Des Weiteren steht ein Team qualifizierter und engagierter Dozenten für die Programmgestaltung zur Verfügung. Diese finanzieren sich über die Seminar- und Veranstaltungsgebühren.

Insgesamt wird eine Kostendeckung für die Unterhaltung des Betriebes des Naturschutzzentrums nicht erreicht. Die Stadt Bensheim und der Kreis Bergstraße als Gesellschafter finanzieren die Unterdeckung mittels Betriebskostenzuschüssen, deren Höhe jedoch laut Satzung begrenzt ist.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Das Naturschutzzentrum ist weiterhin bemüht, sein Themenspektrum ständig den aktuellen Themenbereichen des Naturschutzes anzupassen. Chancen zur wirtschaftlichen Verbesserung werden darin gesehen, in den nächsten Jahren das Programm- und Veranstaltungsangebot sowie das räumliche Nutzungsangebot, immer unter Berücksichtigung der naturräumlichen Standortbeschränkungen, moderat auszubauen bzw. effektiver zu nutzen.

Größere Sachanlageinvestitionen und personelle Erweiterungen sind in den nächsten beiden Jahren nicht geplant.

Wesentliche Risiken sind aufgrund der satzungsgemäßen Kostentragung durch die Gesellschafter bis zum Jahr 2014 nicht zu erwarten. Zudem werden die Kosten der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Rahmen einer Wirtschaftsplanerstellung festgelegt und unterjährig überwacht.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	6,2	6,5
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	93,8	93,6
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	519,0	228,2
Liquidität 2. Grades in %	(liquide Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	558,5	228,2

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK - Zinsen) x 100 / Gesamtkapital	-0,3	0,9
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	-4,3	9,3
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	-0,3	0,7
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	-4,3	38,7

2.4 Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH

Sitz:	Heppenheim
Anschrift:	Wilhelmstraße 51; 64646 Heppenheim
Aufgabe:	Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien im Wirtschaftsraum Bergstraße. Ziel ist es, im Kreis Bergstraße bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Maßnahmen zur Bestandssicherung und Neuansiedlung von Unternehmen zu schaffen. Dabei ist das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Kommunen des Kreises Bergstraße zu berücksichtigen.
Gründung:	1998
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 24964
Stammkapital:	477.300 €
Organe des Unternehmens:	**Geschäftsführer** - Herr Dr. Carl-Christian Beckmann **Bezüge Geschäftsführung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. **Gesellschafterversammlung** - Gemeinde Abtsteinach - Stadt Bensheim - Gemeinde Biblis - Stadt Bürstadt - Gemeinde Einhausen - Gemeinde Fürth - Gemeinde Gorxheimertal - Gemeinde Grasellenbach - Gemeinde Groß-Rohrheim - Stadt Heppenheim - Stadt Hirschhorn - Stadt Lampertheim - Gemeinde Lautertal - Stadt Lindenfels - Stadt Lorsch - Gemeinde Mörlenbach - Stadt Neckarsteinach - Stadt Viernheim - Gemeinde Wald-Michelbach - Stadt Zwingenberg - Kreis Bergstraße - Sparkasse Bensheim - Sparkasse Starkenburg - Sparkasse Worms **Aufsichtsrat** - Herr Landrat Matthias Wilkes (Vorsitzender) - Herr Bürgermeister Thorsten Herrmann (stellv. Vorsitzender) - Herr Dr. Erik Tjarks (Vors. des Vorstands Sparkasse Bensheim) - Herr Dr. Jürgen Gromer - Herr Bürgermeister Klaus Jäger

- Herr Bürgermeister Joachim Kunkel
- Herr Bürgermeister Erich Maier
- Herr Bürgermeister Eberhard Petri
- Herr Dr. Joachim Plenz

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2009 keine Sitzungsgelder erhalten.

Beirat
Die Anzahl der Mitglieder des Beirates bestimmt sich nach der Anzahl der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter kann ein Beiratsmitglied vorschlagen. Die Geschäftsführung kann maximal fünf weitere Beiratsmitglieder vorschlagen.

Beteiligungsverhältnisse:

- Stadt Bensheim	23.650,00 EUR =	4,95 %
- Gemeinde Abtsteinach	1.500,00 EUR =	0,31 %
- Gemeinde Biblis	5.350,00 EUR =	1,12 %
- Stadt Bürstadt	9.200,00 EUR =	1,93 %
- Gemeinde Einhausen	3.600,00 EUR =	0,75 %
- Gemeinde Fürth	6.650,00 EUR =	1,39 %
- Gemeinde Gorxheimertal	2.500,00 EUR =	0,52 %
- Gemeinde Grasellenbach	2.350,00 EUR =	0,49 %
- Gemeinde Groß-Rohrheim	2.300,00 EUR =	0,48 %
- Stadt Heppenheim	15.250,00 EUR =	3,20 %
- Gemeinde Hirschhorn	2.250,00 EUR =	0,47 %
- Stadt Lampertheim	19.100,00 EUR =	4,00 %
- Gemeinde Lautertal	4.450,00 EUR =	0,93 %
- Gemeinde Lindenfels	3.250,00 EUR =	0,68 %
- Stadt Lorsch	7.600,00 EUR =	1,59 %
- Gemeinde Mörlenbach	6.350,00 EUR =	1,33 %
- Stadt Neckarsteinach	2.400,00 EUR =	0,50 %
- Stadt Viernheim	19.600,00 EUR =	4,11 %
- Gemeinde Wald-Michelbach	6.950,00 EUR =	1,46 %
- Stadt Zwingenberg	4.250,00 EUR =	0,89 %
- Sparkasse Bensheim	66.500,00 EUR =	13,93 %
- Sparkasse Starkenburg	66.500,00 EUR =	13,93 %
- Sparkasse Worms	25.000,00 EUR =	5,24 %
- Kreis Bergstraße	170.750,00 EUR =	35,77 %

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Lorsch mbH (EGL) von 10% des Stammkapitals (10 TEUR) sowie an der Touristik Marketing GmbH, Kreis Bergstraße, von 20 % des Stammkapitals (15,3 TEUR).

Bürgschaften der Stadt Bensheim:

Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Bensheim:

Es bestehen keine wesentlichen Finanzbeziehungen, die die Haushaltswirtschaft der Stadt Bensheim beeinträchtigen.

Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 I HGO:

Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Der Wirkungskreis der Gesellschaft beschränkt sich auf das Gebiet der Beteiligungskommunen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Abschlussprüfer:

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bergstraße mbH für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009 wurde von der CAT Consulting & Audit Team AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.211,00	15.472,00
Sachanlagen	55.362,00	35.680,00
Finanzanlagen	631.023,44	627.926,37
Summe Anlagevermögen	**696.596,44**	**679.078,37**
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.005,63	27.807,34
Flüssige Mittel	316.130,62	316.408,78
Summe Umlaufvermögen	**337.136,25**	**344.216,12**
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	450,00
SUMME AKTIVA	**1.033.732,69**	**1.023.744,49**

PASSIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	477.300,00	477.300,00
Kapitalrücklage	294.291,18	294.291,18
Verlustvortrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn	202.588,65	190.174,98
Summe Eigenkapital	**974.179,83**	**961.766,16**
Rückstellungen	27.820,00	40.880,00
Verbindlichkeiten	31.732,86	14.103,20
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
SUMME PASSIVA	**1.033.732,69**	**1.023.744,49**

AKTIVA (von 1.023 TEUR um 10 TEUR auf 1.033 TEUR gestiegen)

Anlagevermögen:
(von 679 TEUR um 17 TEUR auf 696 TEUR gestiegen)
Das Sachanlagevermögen hat sich aufgrund von Anschaffungen im Bereich der geringwertigen Wirtschaftsgüter erhöht. Ebenfalls wurde weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung angeschafft.

Umlaufvermögen:
(von 344 TEUR um 7 TEUR auf 337 TEUR gesunken)
Der Rückgang der Forderungen aus sonstigen Vermögensgegenstände ist als unerheblich zu betrachten und auf geringere Forderungen gegenüber dem Finanzamt zurückzuführen.

PASSIVA (von 1.023 TEUR um 10 TEUR auf 1.0.33 TEUR gestiegen)

Eigenkapital:
(von 938 TEUR um 24 TEUR auf 962 TEUR gestiegen)
Durch die positiven Jahresergebnisse aus 2008 und 2009 konnte das Eigenkapital der Gesellschaft weiter gestärkt werden, eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte nicht.

Verbindlichkeiten:
(von 14 TEUR um 17 TEUR auf 31 TEUR gestiegen)
Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr am Abschlussstichtag höher. Dies ist als jährlich Schwankung zu betrachten und hat keinen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Gesellschaft. Langfristige Verbindlichkeiten bestehen keine. Dementsprechend wurden keine Kredite in Anspruch genommen.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	111.360,08	74.579,68
Sonstige betriebliche Erträge	559.564,33	454.125,45
Summe betrieblicher Erträge	**670.924,41**	**528.705,13**
Materialaufwand	0,00	-5.486,60
Personalaufwand	-432.203,74	-333.174,69
Abschreibungen	-23.181,48	-19.205,95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-252.153,78	-166.010,64
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-707.539,00**	**-523.877,88**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**-36.614,59**	**4.827,25**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.157,97	27.484,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Finanzergebnis	**27.157,97**	**27.484,05**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-9.456,62**	**32.311,30**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	22.050,29	-8.561,64
Sonstige Steuern	-180,00	-480,00
Jahresüberschuss	**12.413,67**	**23.269,66**

Die Umsatzerlöse fallen im Geschäftsjahr 2009 deutlich höher als im Vorjahr aus. Wesentlicher Bestandteil ist dabei die Zunahme von Beratungsleistungen auf Honorarbasis, wie schon im Vorjahr. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um den Kreiszuschuss in Höhe von 355 TEUR und Projektzuschüssen in Höhe von 188 TEUR.

Insgesamt erhöhten sich die betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um 142 TEUR auf 670 TEUR.

Auf der Aufwandsseite ist in erster Linie der Personalaufwand weiter erheblich angestiegen. Auch die Abschreibungen haben sich durch die Erhöhung des Sachanlagevermögens um 4 TEUR weiter erhöht.

Die Summe der betrieblichen Aufwendungen erhöht sich somit von 523 TEUR auf 707 TEUR (+ 184 TEUR).

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert und stellt sich mit -36 TEUR negativ dar.

Das Finanzergebnis konnte auf dem selben Niveau wie im Vorjahr gehalten werden.

Der Jahresüberschuss liegt mit 12 TEUR leicht hinter dem des Vorjahres (23 TEUR).

Lage des Unternehmens:

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2009 ist der Bekanntheitsgrad der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH (WFB) nochmals deutlich gesteigert worden. Durch die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung Bergstraße im Jahr 2006 mit dem „Vier Säulen Konzept“ in den Bereichen Bestandspflege/Unternehmerservice, Standortmarketing bzw. Ansiedlungsmanagement, Gründerberatung und Kommunalbetreuung ist die Wirtschaftsförderung Bergstraße bei nahezu allen Unternehmen im Kreis Bergstraße, zumindest ab einer Mitarbeiterzahl von 10, bekannt.

Der Aufwand stieg gegenüber Vorjahren aufgrund der erweiterten Tätigkeiten und der Vielzahl an neuen Projekten weiter an. Dies konnte aber durch die gewährten Projektzuschüsse Dritter nahezu aufgefangen werden.
Der Jahresüberschuss der Gesellschaft von 12 TEUR lag zwar unter dem des vorangegangenen Geschäftsjahres, dies war aber auch grundsätzlich das Ziel der Gesellschaft.

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich weiterhin aus der zu geringen Personalausstattung im Verhältnis zum mittlerweile erreichten und weiter zunehmenden Umfang und Komplexität der Tätigkeiten und Verpflichtungen. Insbesondere in der Gründerberatung und im Unternehmerservice ist das Team mit dem Arbeitsaufwand überlastet.

Darüber hinaus bestanden für die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH weder erkennbare finanzielle Risiken noch erkennbare Markt- und Umfeldrisiken, die eine Fortführung der Gesellschaft gefährden könnten.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Die WFB ist nach dem umfangreichen Umbruch 2006 von einer nutzerfinanzierten Arbeit für Kommunen zu einer projektorientierten Dienstleistungseinheit für bestehende Unternehmen, Investoren und Existenzgründer weiterentwickelt worden. So sind 2010 umfangreiche Projekte zum Thema Unternehmensnachfolge, Außenwirtschaft, Gründungsoffensive und der traditionelle Neujahrsempfang geplant.

Nach mehreren Verhandlungen ist es gelungen, die Gesellschaft für die Volksbanken zu öffnen. Im ersten Quartal 2010 fanden hierzu bereits die ersten Gespräche statt. Die Volksbank Darmstadt-Kreis Bergstraße und Volksbank Weinheim haben großes Interesse gezeigt, projektbezogen auch Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Eine abschließende Entscheidung steht noch aus.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurden wegen der Personalauslastung keine neuen Beratungsaufträge abgeschlossen. Zudem gibt es keine unbeantworteten Anfragen von potenziellen Gesellschaftern und Geldgebern. Der administrative Aufwand wird allein aufgrund der gestiegenen Gesellschafteranzahl weiter zunehmen.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	94,2	93,9
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	5,8	6,0
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	996,2	2.020,6
Liquidität 2. Grades in %	(liqu. Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	1.062,4	2.353,6

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalrentabilität in %	Gewinn x 100 / Eigenkapital	1,3	2,4
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK.zinsen) x 100 / Gesamtkapital	1,2	1,1
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	11,2	31,2
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	1,2	2,3
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	101,8	104,4

3. Mitgliedschaften in Zweckverbänden

3.1 Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße

Sitz:	Lampertheim-Hüttenfeld
Anschrift:	Außerhalb 22; 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Aufgabe:	Der Verband hat alle dem Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden zugewiesenen Aufgaben gemäß den Bestimmungen des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (HAKA) vom 23.05.1997 in der jeweils gültigen Fassung und den hierzu ergangenen Vorschriften wahrzunehmen.
Gründung:	2002
Stammkapital:	409.000 €
Organe des Verbandes:	**Vorstand** - Herr Thomas Metz (Vorsitzender) - Herr Gerhard Herbert - Herr Helmut Sachwitz - Herr Rolf Reinhard - Herr Heinz Roos **Verbandsversammlung** - Herr Alfons Haag (Vorsitzender) **Verbandsgeschäftsführung** - Herr Hilbert Bocksnick **Bezüge Geschäftsführung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.
Mitgliedsanteile:	Eine direkte Beteiligung der Mitglieder und damit der Stadt Bensheim besteht nicht. - Kreis Bergstraße 50,00 % - Abtsteinach 0,72 % - Bensheim 11,61 % - Biblis 2,62 % - Birkenau 3,08 % - Bürstadt 4,52 % - Einhausen 1,76 % - Fürth 3,26 % - Grasellenbach 1,15 % - Groß-Rohrheim 1,17 % - Heppenheim 7,49 % - Lautertal 2,18 % - Lindenfels 1,59 % - Mörlenbach 3,11 % - Neckarsteinach 1,16 % - Rimbach 2,52 % - Zwingenberg 2,07 % (Anteile nach Einwohnerzahl)
Beteiligungen des Verbandes:	ZAKB Service GmbH 100 % BAS-Bergsträßer Aufbereitungs- und Sortierungsgesellschaft mbH 51 %
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.

Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB)

Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Derzeit bestehen keine Umlageverpflichtungen seitens der Stadt Bensheim, da sich der Verband über seine Gebühren selbst finanziert.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbandes.
Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO:	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Gemäß § 121 II Nr. 2 HGO handelt es sich hier zudem um eine nicht-wirtschaftliche Betätigung auf dem Geschäftsfeld der Abfallbeseitigung.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße zum 31.12.2009 wurde von der Moore Stephens Treuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.599,00	20.149,00
Sachanlagen	11.407.493,92	11.397.658,69
Finanzanlagen	2.569.591,94	2.123.451,06
Summe Anlagevermögen	**13.989.684,86**	**13.541.258,75**
Umlaufvermögen		
Vorräte	6.035,14	6.805,89
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	870.381,45	1.054.317,90
Wertpapiere	0,00	0,00
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.295.926,06	11.144.711,38
Summe Umlaufvermögen	**11.172.342,65**	**12.205.835,17**
Rechnungsabgrenzungsposten	88.538,28	5.606,28
SUMME AKTIVA	**25.250.565,79**	**25.778.290,96**

PASSIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Gewinnrücklagen	409.033,50	409.033,50
Verlustvortrag	-20.174,02	-227.335,08
Jahresüberschuss	658.850,15	207.161,06
Summe Eigenkapital	**1.047.709,63**	**388.859,48**
Rückstellungen	15.647.972,00	15.743.260,00
Verbindlichkeiten	8.554.884,16	9.646.171,48
SUMME PASSIVA	**25.250.565,79**	**25.778.290,96**

AKTIVA (von 25.778 TEUR um 528 TEUR auf TEUR 25.250 gesunken)

Anlagevermögen:
(von 13.541 TEUR um 448 TEUR auf 13.989 TEUR gestiegen)
Im Wirtschaftsjahr wurde das an das verbundene Unternehmen (Tochtergesellschaft) ZAKB Service GmbH gewährte Darlehen in Höhe von 775 TEUR ausgezahlt. Dieses Darlehen fiel entsprechend höher aus als im Vorjahr.

Umlaufvermögen:
(von 12.206 TEUR um 1.034 TEUR auf 11.172 TEUR gesunken)
Im Umlaufvermögen 2009 sind geringere Forderungen gegenüber den verbundenen Unternehmen zu verzeichnen. Zudem reduzierte sich das Guthaben bei Kreditinstituten um 849 TEUR.

PASSIVA (von 26.373 TEUR um 595 TEUR auf TEUR 25.778 gesunken)

Eigenkapital:
(von 389 TEUR um 658 TEUR auf 1.047 TEUR gestiegen)
Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr absolut um 658 TEUR verbessert, die Eigenkapitalquote beträgt nunmehr 4,2%.

Rückstellungen:
(von 15.743 TEUR um 96 TEUR auf 15.647 TEUR gesunken)
Die Rückstellungen haben sich nur unwesentlich verändert. Diese Schwankung ist als normal zu betrachten und auf die Abnahme von Überstunden, Resturlaub und Altersteilzeit zurückzuführen.

Verbindlichkeiten:
(von 9.646 TEUR um 1.091 TEUR auf 8.554 TEUR gesunken)
Im Wirtschaftsjahr 2009 waren keine Neuaufnahmen von Darlehen erforderlich. Vorhandene Darlehen wurden entsprechend getilgt.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	20.225.345,68	20.428.937,72
Sonstige betriebliche Erträge	577.419,61	1.113.153,42
Summe betrieblicher Erträge	**20.802.765,29**	**21.542.091,14**
Materialaufwand	-14.437.483,98	-13.981.617,23
Personalaufwand	-2.375.606,34	-3.211.206,90
Abschreibung auf Sachanlagen	-1.113.406,28	-1.980.220,86
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.246.372,64	-2.274.766,40
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-20.172.869,24**	**-21.447.811,39**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**629.896,05**	**94.279,75**
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	113.105,74	92,62
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	263.680,41	487.595,94
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-343.892,72	-371.248,01
Finanzergebnis	**32.893,43**	**116.440,55**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**662.789,48**	**210.720,30**
Sonstige Steuern	-3.939,33	-3.559,24
Jahresgewinn	**658.850,15**	**207.161,06**

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 203 TEUR zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aber als unerheblich anzusehen und stellt im Vergleich zum Jahr 2007 immer noch eine deutliche Verbesserung dar. Die Umsatzerlöse wurden zu 59 % bei Bürgern der verbandsangehörigen Kommunen erwirtschaftet. Der Rest floss von nicht verbandszugehörigen Städten und Gemeinden zu, sowie aus den Bereichen Dienstleistungen und Direktanlieferungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 536 TEUR auf 577 TEUR zurück gegangen. Diese Erträge enthalten im Wesentlichen die Verrechnungen zur ZAKB Service GmbH (netto) und die Verwertungsvergütung. Unter dem Posten sind auch die Erträge der dualen Systeme enthalten, die an die Städte und Gemeinden weitergegeben werden. Ursächlich für den Rückgang sind im Wesentlichen die geringeren Erträge aus Dienstleistungsabrechnungen gegenüber der ZAKB Service GmbH.

Die Materialeinsatzquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 68% auf 71% des Umsatzes erhöht. Korrespondierend zum Umsatz haben sich auch, bedingt durch mehr angelieferte Müllmengen, die Kosten für die Verbrennungsanlagen sowie Entsorgungskosten nur unwesentlich verändert.

Beim Personalaufwand ist zwischen den Löhnen und Gehältern (1.855 TEUR) und sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgungen und Unterstützung (520 TEUR) zu unterscheiden. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich nicht verändert. Die deutliche Abweichung zum Vorjahr resultiert aus den Auswirkungen der Anpassung der Altersteilzeit-Rückstellung im Jahr 2008.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen sind von 1.980 TEUR um 867 TEUR auf 1.113 TEUR gesunken.

Unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Kosten des Betriebes und der Unterhaltung der Entsorgungsanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung des ZAKB ausgewiesen.

Unter der Position der sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen werden die Zinserträge aus den Kontokorrentkonten und angelegten Termingeldern ausgewiesen.
Der Posten der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen beinhaltet die Darlehenszinsen für die Investitionskredite.

Im Geschäftsjahr 2009 kann ein Jahresgewinn von 659 TEUR ausgewiesen werden. Dieser wird mit dem Vortrag des Vorjahres verrechnet und auf neue Rechnungen vorgetragen.

Lage des Verbandes:

Die Gesamterträge im Wirtschaftsjahr 2009 lagen mit 20.803 TEUR um 980 TEUR unter dem Planwert von 21.783 TEUR. Diese Planabweichung resultiert aus den im Wirtschaftsjahr gesunkenen Verwertungserlösen, vor allem aus gesunkenen Papierpreisen.
Auf der Aufwandsseite hat sich der Personalaufwand durch die Neuberechnung der Altersteilzeitrückstellung im Jahr 2008 wieder normalisiert und zu einem besseren Ergebnis beigetragen.
Die Abschreibungen sind ebenfalls deutlich zurückgegangen, da im Vorjahr der Deponieabschnitt IV 1a vollständig abgeschrieben wurde. Somit konnte im abgeschlossenen Wirtschaftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von 659 TEUR erzielt werden.

Die Leistungsfähigkeit und der Ausnutzungsgrad haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Die Abfallmengen an Rest-, Sperr- und Bioabfall sowie Papier sind in den vergangenen drei Jahren relativ stabil geblieben. An kompostierbaren Abfällen und Papier fielen in 2009 insgesamt 61.160t an (2008: 61.729t). Im Bereich Haus- und Restsperrmüll verursachten die ZAKB-Kunden in 2009 36.190 t Müll.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Der Lagebericht der Geschäftsführung enthält folgende Kernaussagen zur zukünftigen Entwicklung des Zweckverbandes mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken:

- Gesamterträge in Höhe von 21.474 TEUR lt. Wirtschaftsplan 2010
- Rückstellungen für Deponiennachsorge wurde in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Darmstadt gebildet, die Umsetzung der Nachsorge ist festgelegt worden.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass der Zweckverband im Rahmen eines jährlichen Wirtschaftsplanes jeweils ein Jahr im Voraus plant. Für das Folgejahr 2010 prognostiziert der Verband Gesamterträge in Höhe von 21.474 TEUR unter Berücksichtigung öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen. Der Wirtschaftsplan schließt mit einem erwarteten Gewinn in Höhe von 35 TEUR ab.

Zum zweiten Punkt ist anzumerken, dass im Rahmen der Verpflichtung für Stilllegungs- und Nachsorgekosten nach § 36d KrW-/AbfG auf der Grundlage eines Gutachtens vom 11. September 2006 des Ingenieurbüros, Dr. Ing. Uwe Görisch/ Karlsruhe, eine Neubewertung dieser Rückstellungen erfolgte. Diese basierte auf der alten Deponieverordnung. Die neue Deponieverordnung ist als Artikel 1 der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts vom 27. April 2009 am 16. Juli 2009 in Kraft getreten. Demnach ist im Folgejahr eine Neubewertung der Rückstellung, im Rahmen eines Wertgutachtens, vorzunehmen. Die Umsetzung der Nachsorge ist anschließend auf dieser Grundlage mit dem Regierungspräsidium Darmstadt abzustimmen.

Wegen der rechtzeitig abgeschlossenen langfristigen Verträge bestehen keine Risiken bei der Entsorgungspflicht in Bezug auf Kapazitätsengpässe in den thermischen Abfallbeseitigungsanlagen.

Der Wirtschaftsplan des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße für das Jahr 2010 basiert auf folgenden Grundlagen:

- Die ab Januar 2009 geltende Gebührenordnung trägt der tatsächlichen Kostensituation Rechnung.
- Die bis zum Ende des Jahres 2008 geltende Gebührenordnung basierte auf der Kostenstruktur des Verbands bei seiner Gründung im Jahr 2002. Durch zahlreiche gesetzliche Neuregelungen und durch die Schließung der Deponie im Jahr 2005 haben sich viele Einzelpositionen der Gebührenkalkulation maßgeblich verändert. Daher wurden die Grundgebühren für alle Abfallarten in der neuen Gebührenordnung in eine einheitliche Grundgebühr zusammengefasst. Die festgesetzten Gebühren wurden geringfügig angepasst.

Die Einsammlung und der Transport zu den Entsorgungsanlagen werden in 19 Kommunen durch die ZAKB Service GmbH durchgeführt. Ab dem Jahr 2009 wird die ZAKB Service GmbH in allen Städten/ Gemeinden die Abfallsammlung durchführen. In Viernheim ist ein Subunternehmer beauftragt.

- Die Externentsorgung der Sickerwasserkonzentrate ist vertraglich bis zum Ende des Jahres 2019 festgeschrieben.

Die Verbandsversammlung hat am 24.03.2010 beschlossen, auf Dachflächen des Abfallwirtschaftszentrums Heppenheim Fotovoltaikanlagen zu installieren Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 1.400 TEUR. Die Inbetriebnahme ist für den Juni 2010 geplant.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		**2009**	**2008**
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	4,2	0,7
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	95,8	99,3
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	7,5	1,4
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	299,8	390,5
Liquidität 2. Grades in %	(liquide Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	325,2	440,3

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		**2009**	**2008**
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK - Zinsen) x 100 / Gesamtkapital	3,9	3,6
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	3,3	2,4
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	2,6	1,8
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	103,21	94,1

3.2 Zweckverband Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	Am Schlachthof 4; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Alle im Gebiet der Verbandsmitglieder anfallenden Abwässer abzuführen, zu verwerten, zu reinigen und unschädlich zu machen. Hierzu gehört auch die Erstherstellung, Änderung oder Beseitigung eines Grundstücksanschlusses an die Entwässerungsanlagen des Verbandes. Durchführung von Aufgaben im Bereich des Straßen- und Ingenieurbaues auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen für die Mitgliedsgemeinden. Der Verband kann weitere Aufgaben für seine Mitgliedsgemeinden durchführen oder übernehmen, die diesen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung obliegen.
Gründung:	1964 als Abwasserverband Bensheim-Lautertal
Stammkapital:	Der Zweckverband ist umlagenfinanziert.
Organe des Verbandes:	**Geschäftsführung** - Herr Heinz Hebling **Bezüge Geschäftsführung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. **Verbandsvorstand** - Herr Helmut Sachwitz (Verbandsvorsitzender) - Herr Philipp Bohrer (stellv. Verbandsvorsitzender) - Herr Jürgen Kaltwasser (stellv. Verbandsvorsitzender) - Herr Hans Seibert - Frau Marianne Mauch (bis 16.12.2009) - Herr Rico Klos (ab 16.12.2009) - Herr Norbert Süßmuth - Herr Markus Bormuth (bis 16.12.2009) - Herr Dr. Karl Josef Kuhn (ab 16.12.2009) - Herr Volker Knaup - Frau Karin Gärtner (ab 16.12.2009) **Sitzungsgelder des Verbandsvorstands** An Sitzungsgeldern wurde im Jahr 2009 insgesamt 1.090,00 EUR ausgezahlt. **Verbandsversammlung** - 5 Sitze Stadt Bensheim - 5 Sitze Gemeinde Lautertal - 5 Sitze Gemeinde Einhausen
Beteiligungsverhältnisse:	Für die Verbandsmitglieder ergibt sich kein direktes Beteiligungsverhältnis. Es findet lediglich eine Kostenaufteilung nach dem Umlageverfahren statt. Die Kosten errechnen sich aus so genannten Kostenschlüsseln für die einzelnen Verbandsmitglieder und sind öffentliche Ausgaben.
Beteiligungen des Verbandes:	Im Berichtsjahr bestanden keine Beteiligungen an anderen Unternehmen oder Verbänden.

Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurde eine Verbandsumlage in Höhe von 5.523 TEUR an den KMB gezahlt, dies entspricht einer Steigerung um 206 TEUR im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt erfolgte eine Kostenerstattung in Höhe von 5.906 TEUR an den KMB.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Verbandes.
Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO:	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Gemäß § 121 II Nr. 2 HGO handelt es sich in diesem Fall um eine nicht-wirtschaftliche Betätigung auf dem Geschäftsfeld der Abwasserbeseitigung.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 des Zweckverbandes Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße wurde von der Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	461.054,75	501.226,08
Sachanlagen	56.093.528,16	56.521.029,97
Summe Anlagevermögen	**56.554.582,91**	**57.022.256,05**
Umlaufvermögen		
Vorräte	7.020,00	17.851,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.075.836,35	1.396.698,30
Flüssige Mittel	1.613.344,45	313.751,13
Summe Umlaufvermögen	**2.696.200,80**	**1.728.300,43**
Rechnungsabgrenzungsposten	4.899,64	4.786,93
SUMME AKTIVA	**59.255.683,35**	**58.755.343,41**

PASSIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Rücklagen	2.212.329,81	2.162.329,81
Jahresergebnis	50.000,00	50.000,00
Summe Eigenkapital	**2.262.329,81**	**2.212.329,81**
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.667.075,21	9.135.823,26
Empfangene Ertragszuschüsse	628.046,96	618.294,49
Rückstellungen	599.626,00	594.203,00
Verbindlichkeiten	47.148.605,37	46.194.692,85
SUMME PASSIVA	**59.255.683,35**	**58.755.343,41**

AKTIVA (von 58.755 TEUR um 500 TEUR auf 59.255 TEUR gestiegen)

Anlagevermögen:
(von 57.022 TEUR um 467 TEUR auf 56.555 TEUR gesunken)
Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % reduziert. Den Investitionen in 2009 von 2.740 TEUR (Vorjahr 2.240 TEUR) standen Anlagenabgänge in Höhe von 37 TEUR und Abschreibungen in Höhe von 3.170 TEUR gegenüber.

Umlaufvermögen:
(von 1.728 TEUR um 968 TEUR auf 2.696 TEUR gestiegen)
Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind im Vergleich zum Vorjahr um 321 TEUR zurückgegangen. Dieser Rückgang betrifft hauptsächlich Forderungen gegen die Stadt Bensheim. Der Kassenbestand ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.300 TEUR auf 1.613 TEUR gestiegen und somit ursächlich für die Steigerung des Umlaufvermögens.

PASSIVA (von 58.755 TEUR um 500 TEUR auf 59.255 TEUR gestiegen)

Eigenkapital:
(von 2.212 TEUR um 50 TEUR auf 2.262 TEUR gestiegen)
Die Entwicklung des Eigenkapitals ist weiterhin positiv zu bewerten. Im Geschäftsjahr 2009 konnte das Eigenkapital um 50 TEUR auf 2.262 TEUR gesteigert werden. Ebenso wie im Vorjahr konnte ein Jahresgewinn in Höhe von 50 TEUR erzielt werden.

Sonderposten:
(von 9.136 TEUR um 469 TEUR auf 8.667 TEUR gesunken)
Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist von 9.136 TEUR um 469 TEUR auf 8.667 TEUR gesunken.

Verbindlichkeiten:
(von 46.195 TEUR um 953 TEUR auf 47.148 TEUR gestiegen)
Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (39.812 TEUR), aus Lieferungen und Leistungen (193 TEUR), gegenüber Mitgliedsgemeinden (7.024 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (70 TEUR) zusammen.

Kreditaufnahme:
Die langfristigen Darlehen für Investitionen sinken entsprechend den vorzunehmenden Tilgungen. Gleichzeitig wurden in 2009 drei neue Darlehen aufgenommen (Steigerung der Bankverbindlichkeiten um 1.586 TEUR). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen in diesem Zusammenhang um 249 TEUR an.
Insgesamt belasten derzeit 49 Kredite mit einem Volumen in Höhe von 39.620 TEUR den KMB, für die insgesamt 3.860 TEUR an Zinsen und Tilgung bezahlt wurden.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	8.108.952,17	7.881.972,45
Sonstige betriebliche Erträge	592.495,59	591.874,52
Andere aktivierte Eigenleistungen	59.246,49	50.746,12
Summe betrieblicher Erträge	**8.760.694,25**	**8.524.593,09**
Materialaufwand	-1.572.915,85	-1.363.308,21
Personalaufwand	-1.443.751,82	-1.425.950,41
Abschreibungen	-3.170.402,38	-3.178.031,90
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-481.630,77	-422.873,60
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-6.668.700,82**	**-6.390.164,12**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**2.091.993,43**	**2.134.428,97**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.163,28	31.876,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.045.156,71	-2.116.305,70
Finanzergebnis	**-2.041.993,43**	**-2.084.428,97**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**50.000,00**	**50.000,00**
Jahresergebnis	**50.000,00**	**50.000,00**

Die Gesamtleistung des Zweckverbandes hat sich gegenüber 2008 um 235 TEUR auf 8.168 TEUR erhöht. Die Erhöhung der Gesamtleistung beruht im Wesentlichen aus einer gegenüber dem Vorjahr um 162 TEUR höheren Verbandsumlage sowie um 64 TEUR höheren Erlösen aus der Auflösung von Sonderposten.

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 210 TEUR erhöht. Die Erhöhung resultiert vorwiegend aus gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 18 TEUR, verursacht durch gestiegene Gehälter sowie höhere Abgaben zur Sozialversicherung. Grund für die Erhöhung der Personalaufwendungen ist die Einstellung von zwei neuen Mitarbeitern im technischen Bereich Kläranlage sowie im Bereich Straßenbegleitgrün.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die dem Vorjahr weitestgehend entsprechen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 59 TEUR erhöht. Sie betreffen im Berichtsjahr insbesondere die Abwasserabgabe, Betriebsbedarf und Verbrauchskosten, Fahrzeugskosten sowie Grundstücksaufwendungen.

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit sinkt von 2.134 TEUR um 42 TEUR auf 2.092 TEUR.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 43 TEUR deutlich verbessert. Die Ursache hierfür ist im Wesentlichen die gesunkene Zinsbelastung aus Darlehen von Kreditinstituten.

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt wie im Vorjahr 50.000 EUR.

Das Jahresergebnis beträgt ebenfalls 50.000 TEUR.

Lage des Verbandes:

Der Zweckverband „Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße“ befindet sich in einer konstanten finanziellen Situation.

Der Gesamtaufwand liegt im Vergleich zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan um rund 96 TEUR höher. Der auf die Mitgliedsgemeinden umzulegende Gesamtaufwand liegt gegenüber dem Planansatz von 7.319 TEUR um 110 TEUR höher und erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 162 TEUR und liegt damit im Durchschnitt der letzten acht Jahre.

Im Betrieb der Abwasseranlagen sind ebenfalls keine negativen Ereignisse eingetreten.

Die Abwasserreinigungsanlagen erfüllen die gesetzlich und behördlich vorgegebenen Anforderungen.

Mit der Gruppenkläranlage Bensheim kann seit der Modernisierung eine hervorragende Abwasserreinigung garantiert werden. Die gesetzlichen und behördlichen Vorgaben können mehr als erfüllt werden.

Die Kanalnetze entsprechen in der Dimensionierung und der Funktion ebenfalls den gesetzlichen Anforderungen.

Der Verband hat damit ein hervorragendes Leistungsniveau in der Abwasserentsorgung erreicht.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Finanzwirtschaftlich betrachtet, ist auch in den nächsten Jahren eine relativ konstante Entwicklung abzusehen.

Alle großen Investitionen, die zur Erreichung der gesetzlich geforderten Mindestqualität bei der Abwasserreinigung und -ableitung notwendig waren, sind durchgeführt. Weitere größere Investitionen, die in finanzieller Hinsicht nachhaltige Auswirkungen haben werden, sind derzeit nicht absehbar**.**

Andere zukünftige finanzielle Belastungen, die zu gravierenden Umlagesteigerungen führen könnten, sind nicht erkennbar. Die Verbandsanlagen befinden sich in einem technisch sowie funktional guten Zustand, der die gesetzlich geforderte Sicherheit und Qualität der Abwasserentsorgung auch in den nächsten Jahren gewährleistet. Für eventuelle Haftungsrisiken und Schadensfälle ist i.d.R. durch entsprechende Versicherungen Vorsorge für die Zukunft getroffen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für den Verband im überschaubaren Zeitraum keine wesentlichen Risiken erkennbar sind, die zu gravierenden finanziellen oder technischen Auswirkungen führen können. Das erstellte Risikofrüherkennungssystem wurde bis zum Ende des Berichtsjahres weiter ausgebaut.

Die wesentlichen Risikomanagementziele und -methoden des Verbands sind:

Permanente systemseitig implementierte Überwachung der Risiken, weitere Erhöhung der Reaktionsgeschwindigkeit bzgl. Störungen, Bereithaltung und Ausbau der Informationsdatenquellen und Personalqualifizierung.
Preisänderungs- und Liquiditätsrisiken wird durch Wirtschaftsplanüberwachung (Ist-Plan-Vergleich), Anpassung der Umlagesätze, Liquiditätsreserven durch Kreditlinien begegnet. Finanzielle Ausfallrisiken sind im Wesentlichen nicht relevant.

Chancen der zukünftigen Entwicklung stellen sich insbesondere in dem Ausbau und der Nutzung moderner Techniken, der Weiterentwicklung der Infrastruktur der Mitgliedsgemeinden, in die der Verband involviert ist, sowie der Erweiterung und Optimierung der Wohn- und Gewerbeerschließung.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	3,8	3,8
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	96,2	96,2
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	4,0	3,9
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	48,8	8,6
Liquidität 2. Grades in %	(liquide Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	80,9	47,1

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	100,6	100,6

4. Mitgliedschaften in Wasser- und Bodenverbänden

4.1 Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost

Sitz:	Einhausen-Jägersburg
Anschrift:	Außerhalb 22; 64683 Einhausen-Jägerburg
Aufgabe:	Der Verband hat die Aufgabe, das für die Versorgung der Mitgliedsgemeinden erforderliche Trinkwasser zu beschaffen und an diese zu liefern sowie alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Trinkwasserversorgung der Mitgliedsgemeinden auf lange Sicht sicherzustellen.
Gründung:	1957
Stammkapital:	80.000 €
Organe des Verbandes:	**Geschäftsleitung** - Verbandsdirektor Manfred Scholz **Bezüge Geschäftsleitung** Hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. **Verbandsvorstand** - Herr Dipl. Ing. Klaus Schwab, Lorsch (Verbandsvorsteher) - Herr Dipl. Ing. Markus Hirth, Einhausen (stellv. Verbandsvorsteher) - Herr Landrat Matthias Wilkes, Kreis Bergstraße - Herr Erster Stadtrat Helmut Sachwitz, Bensheim - Herr Paul Wachtel, Lorsch **Verbandsversammlung** - Herr Reinhard Diehl, Lorsch - Herr Ingo Bettels, Einhausen - Herr Walter Öhlenschläger, Kreis Bergstraße - Herr Carmelo Torre, Bensheim - Herr Reiner Schneider, Zwingenberg **Sitzungsgelder Verbandsgremien** An die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Vorstandes wurden Aufwandsentschädigungen in Höhe von 7.530 EUR geleistet.
Beteiligungsverhältnisse:	Eine Beteiligung der Mitglieder und damit der Stadt Bensheim besteht nicht. Die Verbandsmitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Wirtschaftsführung erforderlich sind. Die stimmenmäßige Beteiligung beträgt bei einer Gesamtanzahl von 100 Stimmen 13,5 Stimmen. - Landkreis Bergstraße 24,0 Stimmen - Gemeinde Einhausen 26,0 Stimmen - Stadt Lorsch 33,5 Stimmen - Stadt Bensheim 13,5 Stimmen - Stadt Zwingenberg 3,0 Stimmen
Beteiligungen des Verbandes:	Im Berichtsjahr bestanden keine Beteiligungen an anderen Unternehmen oder Verbänden.

Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Bensheim	Im abgelaufenen Jahr wurden Verbandsbeiträge in Höhe von 1.021 TEUR an die Riedgruppe Ost gezahlt, dies entspricht einem Rückgang in Höhe von 29 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.
Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 I HGO	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss des Wasserbeschaffungsverbandes Riedgruppe Ost zum 31.12.2009 wurde von der Firma KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Sachanlagen	15.837.017,24	16.189.792,67
Finanzanlagen	32.128,37	37.228,42
Summe Anlagevermögen	**15.869.145,61**	**16.227.081,09**
Umlaufvermögen		
Vorräte	31.870,00	42.870,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	211.969,58	279.781,43
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.469.201,15	1.546.143,49
Summe Umlaufvermögen	**1.713.040,73**	**1.868.794,92**
SUMME AKTIVA	**17.582.186,34**	**18.095.876,01**

PASSIVA	Berichtsjahr 2008	Vorjahr 2007
Eigenkapital		
Stammkapital	80.000,00	80.000,00
Rücklagen	5.320.000,00	5.070.000,00
Jahresüberschuss	691.328,48	677.908,01
Gewinnvortrag (abzgl. Ausschüttungen u. Zuführg. an Rücklagen)	8.328,25	10.420,24
Summe Eigenkapital	**6.099.656,73**	**5.758.328,25**
Rückstellungen	1.287.970,00	1.274.680,00
Verbindlichkeiten	10.194.559,61	11.062.867,76
SUMME PASSIVA	**17.582.186,34**	**18.095.876,01**

AKTIVA (von 18.096 TEUR um 514 TEUR auf 17.582 TEUR gesunken)

Anlagevermögen:
(von 16.227 TEUR um 358 TEUR auf 15.869 TEUR gesunken)
Beim Sachanlagevermögen sind Zugänge in Höhe von 511 TEUR zu verzeichnen. Es handelt sich hier im Wesentlichen um Restbaukosten u. a. für die Errichtung eines zusätzlichen Speicherbehälters und eines dritten Werksausgangs beim Wasserwerk Jägersburg.

PASSIVA (von 18.096 TEUR um 514 TEUR auf 17.582 TEUR gesunken

Eigenkapital:
(von 5.758 TEUR um 342 TEUR auf 6.100 TEUR gestiegen)
Das Eigenkapital hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöht. Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres wurden 350 TEUR an Verbandsmitglieder ausgekehrt und 330 TEUR den Rücklagen zugeführt. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2009 fiel um 14 TEUR höher aus als im Jahr 2008.

Rückstellungen:
(von 1.275 TEUR um 13 TEUR auf 1.288 TEUR gestiegen)
Die Rückstellungen wurden insbesondere für Aufwendungen gebildet, die im Rahmen der vereinbarten Altersteilzeitregelungen entstehen sowie für die Körperschaftssteuer und den Solidaritätszuschlag.

Verbindlichkeiten:
(von 11.063 TEUR um 868 TEUR auf 10.195 TEUR gesunken)
An Tilgungen für langfristige Darlehen wurden im Wirtschaftsjahr insgesamt 473 TEUR geleistet. Neue Verpflichtungen sind nicht eingegangen worden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren betragen 7.058 TEUR. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind nach Zahlung im Jahr 2009 um 455 TEUR zurückgegangen.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	6.615.191,39	6.656.630,30
Sonstige betriebliche Erträge	551.761,26	444.969,45
Summe betrieblicher Erträge	**7.166.952,65**	**7.101.599,75**
Materialaufwand	-607.936,29	-602.000,98
Personalaufwand	-1.667.213,98	-1.576.063,79
Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-860.815,33	-830.864,18
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.589.603,81	-2.711.601,41
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-5.725.569,41**	**-5.720.530,36**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**1.441.383,24**	**1.381.069,39**
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.344,33	1.635,59
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.357,15	59.838,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-517.737,09	-498.908,64
Finanzergebnis	**-498.035,61**	**-437.434,45**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**943.347,63**	**943.634,94**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-241.683,71	-255.423,49
Sonstige Steuern	-10.335,44	-10.303,44
	-252.019,15	-265.726,93
Jahresüberschuss	**691.328,48**	**677.908,01**

Die Umsatzerlöse, die im Wesentlichen aus der Wasserabgabe an die Mitgliedsgemeinden, an die Stadt Heppenheim und an die Hessenwasser GmbH resultieren, haben sich im Geschäftsjahr 2009 von 6.657 TEUR um 42 TEUR auf 6.615 TEUR reduziert. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich von 445 TEUR auf 552 TEUR erhöht.

Beim Materialaufwand bilden die Kosten für den Bezug von Strom den größten Kostenblock.

Die Personalaufwendungen haben sich von 1.576 TEUR auf 1.667 TEUR erhöht. Bei den Abschreibungen handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen. Diese sind im Jahr 2009 um 30 TEUR gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 122 TEUR gesunken.

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit hat sich von 1.381 TEUR um 60 TEUR auf 1.441 TEUR erhöht. Das Finanzergebnis gestaltet sich um 61 TEUR negativer als im Vorjahr. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich in Folge gegenüber dem Vorjahr unwesentlich verändert.

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 13 TEUR auf 691 TEUR.

Lage des Verbandes:

Der Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost hat zwei Versorgungsbereiche. Der Versorgungsbereich 1 beliefert die Mitgliedsgemeinden (Stadt Bensheim, Gemeinde Einhausen, Stadt Lorsch und Stadt Zwingenberg) auf Grundlage der Verbandssatzung mit Trinkwasser. Seit September 2006 wird auch die Stadt Heppenheim vom Wasserbeschaffungsverband beliefert. Im Versorgungsbereich 2 wird aufgrund eines langfristigen Liefervertrages die Hessenwasser GmbH beliefert. Um die Lieferverpflichtungen zu erfüllen, betreibt der Verband zwei Wasserwerke (Feuersteinberg und Jägersburg).

Der Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost hat im Wirtschaftsjahr 2009 insgesamt etwa 17.949.819 m^3 Trinkwasser an seine Verbandsmitglieder und Kunden geliefert. Auf den Versorgungsbereich 1 (Verbandsmitglieder) entfallen 3.196.409 m^3, auf den Versorgungsbereich 2 (Vertragskunden) 14.086.084 m^3, auf sonstige Kunden 469.458 m^3. Bei dem gelieferten Wasser handelt es sich ausschließlich um Grundwasser aus den beiden Verbandswasserwerken Feuersteinberg und Jägersburg. Die Gesamtliefermenge hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 4.386 m^3 erhöht.

Die Grundwasserbestände im Einflussbereich des Verbandes haben sich ungeachtet der jahreszeitlich bedingten Schwankungen insgesamt nur wenig verändert und befinden sich geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Sie liegen im Mittel rund 160 cm über den Tiefständen der Trockenperiode Anfang der 90er Jahre. Die vorgegebenen Pegelstände konnten im Jahr 2009 jederzeit eingehalten werden.

Der Verband verfügt über Förderrechte in Höhe von insgesamt 19.650.000 m^3 pro Jahr, die zur Erfüllung der bestehenden Lieferverpflichtungen ausgereicht haben.

Die Wasserlieferungen an die Verbandsgemeinden im lokalen Versorgungsbereich erfolgten in 2009 unverändert im Vergleich zum Vorjahr zu einem Tarif von 0,48 EUR/m^3. Im regionalen Versorgungsbereich und bei der „Wasserabgabe an Sonstige“ im lokalen Versorgungsbereich gibt es keine Tarife, sondern eine „cost-plus-Vereinbarung“.

Von der Wasserabgabe an die Verbandsmitglieder in Höhe von 3.196.409 m^3, wurden aus dem Werk Feuersteinberg 970.702 m^3 geliefert und 2.225.707 m^3 aus dem Werk Jägersburg bezogen.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Aufgrund der konstanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist auch für das Wirtschaftsjahr 2010 weitestgehend ein Jahresgewinn in der Größenordnung des Jahres 2009 zu erwarten. Insgesamt ist festzustellen, dass der Verband wirtschaftlich mittel- und langfristig sehr gut aufgestellt ist.

Die öffentliche Diskussion über eine mögliche Liberalisierung der Wasserversorgung ging im Berichtsjahr weiter, ohne dass konkrete Ergebnisse erkennbar sind. Neben der breiten Ablehnung auf nationaler Ebene lassen auch die Entwicklungen im EU-Bereich die Wahrscheinlichkeit einer Liberalisierung für den Endkundenbereich in weite Ferne rücken.

Vor diesem Hintergrund ist die von den Verbandsgremien getroffene Entscheidung, die Eigenständigkeit des Verbandes beizubehalten, um die weitere Entwicklung der Wasserwirtschaft in Deutschland abzuwarten, nach wie vor sinnvoll und zweckmäßig.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	34,7	31,8
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	65,3	68,2
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	38,4	35,5
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	129,3	101,4
Liquidität 2. Grades in %	(liquide Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	143,4	103,4

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalrentabilität in %	Gewinn x 100 / Eigenkapital	11,3	11,8
Gesamtkapitalrentabilität in %	(Gewinn + FK - Zinsen) x 100 / Gesamtkapital	6,9	6,5
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	10,5	10,2
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	3,9	3,7
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	110,6	116,4

4.2 Gewässerverband Bergstraße

Sitz:	Lorsch
Anschrift:	An der Weschnitz 1; 64653 Lorsch
Aufgabe:	Der Verband hat die Aufgabe, die Gewässer im Verbandsgebiet zu unterhalten bzw. im Rahmen der Unterhaltung auszubauen, Renaturierungen an den Verbandsgewässern zu planen und durchzuführen. Er hat Maßnahmen zum Hochwasserschutz im Verbandsgebiet zu planen und durchzuführen, Hochwasserrückhaltebecken zu erstellen und zu bearbeiten.
Gründung:	2001
Stammkapital:	Der Wasserverband ist umlagenfinanziert.
Organe des Verbandes:	**Verbandsvorsteher** - Herr Erster Kreisbeigeordneter Thomas Metz **Stellvertreter** - Herr Erster Stadtrat Helmut Sachwitz **Geschäftsführer** - Herr Dipl.-Ing. Ulrich Androsch **Mitglieder** - Kreis Bergstraße - Alsbach-Hähnlein - Bensheim - Biblis - Birkenau - Bürstadt - Einhausen - Fürth - Gernsheim - Groß-Rohrheim - Heppenheim - Lampertheim - Lautertal - Lindenfels - Lorsch - Mörlenbach - Rimbach - Viernheim - Zwingenberg
Beteiligungen des Verbandes:	Im Berichtsjahr bestanden keine Beteiligungen an anderen Unternehmen oder Verbänden.
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Bensheim	Im abgelaufenen Jahr wurden Verbandsbeiträge in Höhe von 148 TEUR an den Gewässerverband gezahlt. In der Haushaltsplanung 2010 ist ein Beitrag von 170 TEUR geplant.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Der Gewässerverband Bergstraße hat mit Wirkung zum 01.01.2009 seine Haushaltswirtschaft, gemäß den Vorschriften GemHVO-Doppik, umgestellt. Aufgrund dieser umfassenden Änderung konnte zum Berichtszeitpunkt kein doppischer Jahresabschluss und noch keine geprüfte Eröffnungsbilanz vorgelegt werden.
Beteiligungen bzw. Mitgliedschaften in Verbänden sind kein zwingender Inhalt des Beteiligungsberichtes gemäß §123a HGO. Die Stadt Bensheim ist dennoch bestrebt, seine Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren. Sobald der Jahresabschluss 2009 vorliegt, wird dieser umgehend zur Information zur Verfügung gestellt.

5. Beteiligungen an Eigenbetrieben

STADT BENSHEIM

BSB Bauhof Service Bensheim

5.1 Eigenbetrieb Bauhof Service Bensheim

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	Röderweg 14; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Zweck des Eigenbetriebes ist es, den Betrieb des städtischen Bauhofes durchzuführen. Dazu gehören insbesondere die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, die Unterhaltung und Pflege von Grün- und Freiflächen, die Unterhaltung und Pflege von öffentlichen Spiel- / Bolzplätzen und Sportstätten, die Unterhaltung von Feld- und Wirtschaftswegen und Wasserläufen, die Durchführung der Stadtreinigung, der Straßenreinigung und des Winterdienstes, die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich Abfallbeseitigung sowie die Durchführung des Friedhofs- und Bestattungswesen.
Gründung:	01.01.2007
Stammkapital:	1.000.000 €
Organe des Eigenbetriebes:	**Betriebsleitung** - Herr Frank Daum (Erster und kaufmännischer Betriebsleiter) - Herr Wilfried Metzger (Technischer Betriebsleiter) Die Bezüge des technischen Betriebsleiters betrugen im Geschäftsjahr 65.567,04 EUR inkl. Sozialversicherung und Zusatzversorgung. Der kaufmännische Betriebsleiter erhielt keine Bezüge vom Eigenbetrieb. **Betriebskommission** - Herr Erster Stadtrat Helmut Sachwitz (Vorsitzender) - Herr Stadtrat Matthias Schimpf (stellv. Vorsitzender) - Herr Bernhard Wahlig - Herr Rico Klos - Herr Peter Leisemann - Frau Doris Sterzelmaier - Herr Holger Steinert - Herr Camelo Torre - Frau Ulrike Seifert - Herr Peter Schömbs - Herr Dietmar Eberlein - Herr Karl-Heinz Werstein
Bezüge der Betriebskommission:	Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 280,00 EUR an Sitzungsgeldern ausgezahlt.
Beteiligungsverhältnisse:	Der Eigenbetrieb wird als betriebliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt. Wirtschaftlich ist der Eigenbetrieb selbstständig.
Beteiligungen des Eigenbetriebes:	Im Berichtsjahr bestanden keine Beteiligungen an anderen Unternehmen oder Verbänden.
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Der BSB ist zentraler Dienstleister der Stadt Bensheim für die ihm übertragenen Aufgaben. Entsprechende Leistungsbeziehungen werden im Haushalt der Stadt abgebildet. Weitere Auswirkungen sind derzeit nicht zu erkennen. Der BSB weist seit Gründung stets ein positives Ergebnis aus.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Eigenbetriebes

Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 I HGO:	Die Vorraussetzungen zur wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es ist festzuhalten, dass der beschriebene öffentliche Zweck die wirtschaftliche Betätigung rechtfertigt. Ebenso ist keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bensheim zu befürchten. Der Eigenbetrieb hat seit seiner Gründung stets ein positives Jahresergebnis erzielt und die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben nachhaltig verbessert.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss des Bauhof Service Bensheim zum 31.12.2009 wurde von der Firma Schüllermann und Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.662,41	8.380,37
Sachanlagen	4.517.499,25	4.554.612,96
Finanzanlagen	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	**4.523.161,66**	**4.562.993,33**
Umlaufvermögen		
Vorräte	22.869,29	34.436,98
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	362.630,32	254.324,92
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	520.881,21	241.095,77
Summe Umlaufvermögen	**906.380,82**	**529.857,67**
Rechnungsabgrenzungsposten	59.112,95	63.645,00
SUMME AKTIVA	**5.488.655,43**	**5.156.654,32**

PASSIVA	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Rücklagen	1.949.821,63	1.949.821,63
Bilanzgewinn	801.232,86	407.316,02
Summe Eigenkapital	**3.751.054,49**	**3.357.137,65**
Rückstellungen	315.687,24	385.093,20
Verbindlichkeiten	1.421.913,70	1.414.423,47
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
SUMME PASSIVA	**5.488.655,43**	**5.156.654,32**

AKTIVA (von 5.156 TEUR um 332 TEUR auf 5.488 TEUR gestiegen)

Anlagevermögen:
(von 4.562 TEUR um 39 TEUR auf 4.523 TEUR gesunken)
Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich ausschließlich um EDV-Software.
Die Sachanlagen betreffen Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten; Fahrzeuge; Maschinen und maschinelle Anlagen; Betriebs- und Geschäftsausstattung und geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.

Umlaufvermögen:
(von 529 TEUR um 377 TEUR auf 906 TEUR gestiegen)
Bei den Vorräten handelt es sich um Streusalz und Laugen, Straßenschilder und Lagerbestand Hölzer. Das Vorratsvermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Niedrigere Tageswerte lagen nicht vor.
Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen die Stadt Bensheim und sonstige Vermögensgegenstände.
Der Kassenbestand teilt sich in 517 TEUR Tagesgeld und 4 TEUR Girobestand auf.

Rechnungsabgrenzungsposten:
(Vorjahr 63 TEUR, Berichtsjahr 59 TEUR)
Die Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u.a. in Zusammenhang mit der Darlehensaufnahme gezahlte Ansparraten für die Investitionsfondsdarlehen Abt. B des Landes Hessen gemäß dem Tilgungsstand der einzelnen Darlehen. Die geleisteten Anspardarlehen werden seit dem Jahr 2007 planmäßig zinsaufwandwirksam aufgelöst.

PASSIVA (von 5.156 TEUR um 332 TEUR auf 5.488 TEUR gestiegen)

Eigenkapital:
(von 3.357 TEUR um 394 TEUR auf 3.751 TEUR gestiegen)
Das ausgewiesene Stammkapital entspricht der Satzung des Eigenbetriebes. Die Rücklage ist die allgemeine Rücklage. Die Steigerung des Eigenkapitals entspricht der Höhe des Jahresgewinns.

Rückstellungen:
(von 385 TEUR um 70 TEUR auf 315 TEUR gesunken)
Die Rückstellungen bestehen aus Überstunden, Urlaub, Altersteilzeit, Berufsgenossenschaft, Aufbewahrung Geschäftsunterlagen, Abschlusskosten und Leistungsentgelt TVöD.

Verbindlichkeiten:
(von 1.414 TEUR um 7 TEUR auf 1.421 TEUR gestiegen)
Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten zusammen.
Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine neuen Kredite in Anspruch genommen.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Umsatzerlöse	4.197.883,02	3.601.311,09
Sonstige betriebliche Erträge	156.670,99	100.150,13
Summe betrieblicher Erträge	**4.354.554,01**	**3.701.461,22**
Materialaufwand	-915.756,24	-767.420,46
Personalaufwand	-2.357.943,33	-2.214.264,43
Abschreibung auf Sachanlagen	-264.878,18	-266.452,59
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-373.897,64	-370.686,00
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-3.912.475,39**	**-3.618.823,48**
Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit	**442.078,62**	**82.637,74**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.005,76	15.085,84
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-53.696,61	-54.749,50
Finanzergebnis	**-51.690,85**	**-39.663,66**
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**390.387,77**	**42.974,08**
Außerordentliche Erträge	10.850,00	16.234,98
Außerordentliche Aufwendungen	-123,25	-166,61
Außerordentliches Ergebnis	**10.726,75**	**16.068,37**
Sonstige Steuern	-7.197,68	-6.227,03
Jahresgewinn	**393.916,84**	**52.815,42**

Der Eigenbetrieb schließt das dritte Wirtschaftsjahr mit einem Jahresgewinn von 394 TEUR ab. Das Jahresergebnis wird im Wesentlichen durch das Betriebsergebnis bestimmt. Dieses ist um 360 TEUR auf 442 TEUR, dank einer deutlichen Umsatzsteigerung, gestiegen

Das Finanzergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 12 TEUR. Hauptursache für das schlechtere Finanzergebnis sind die gesunkenen Zinserträge. Das außerordentliche Ergebnis ist von untergeordneter Bedeutung.
Die wichtigsten Geschäftsfelder sind die Straßenreinigung, Straßenbegleitgrün, die öffentlichen Grünanlagen, das Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Unterhaltung der Land- und Forstwege.

Die über den Einsatz von Personalstunden erzielten Umsatzerlöse machen den überwiegenden Teil dieser Position aus. Daher ist der Produktivitätsgrad für den Eigenbetrieb eine wichtige Kennzahl. Diese lag in 2009 bei 92,6%.
Neben den Umsatzerlösen erzielte der BSB sonstige betriebliche Erträge i.H.v. 156 TEUR. Diese betreffen vorwiegend Kostenerstattungen der Stadt Bensheim für Dienstleistungen im Bereich der Abfallbeseitigung sowie des Friedhofs- und Bestattungswesens.

Vom Materialaufwand entfallen 470 TEUR auf Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie 446 TEUR auf Aufwendungen für bezogene Leistungen.
Der Personalaufwand betrug 2.357 TEUR. Der BSB beschäftigte durchschnittlich 58 Mitarbeiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen insgesamt 373 TEUR. Diese entfallen auf Verwaltungskostenbeiträge und auf Treibstoffe.

Lage des Eigenbetriebes:

Zum 01.01.2009 ist die zweite Stufe des Tarifabschlusses aus dem Jahr 2008 zum Tragen gekommen. Um diese zusätzliche Kostenbelastung zu kompensieren, wurde der Personalverrechnungssatz zum 01.01.2009 von 37,50 EUR auf 39,50 EUR erhöht.
Im Wirtschaftsjahr 2009 konnten die Personalausfälle aufgrund von Langzeiterkrankungen durch die Einstellung von Saisonarbeitskräften kompensiert werden. Die Produktivität des Bauhof Service Bensheim konnte so gegenüber 2008 auf durchschnittlich 92,6 % gesteigert werden.
Durch den langen Winter wurde der Eigenbetrieb bezüglich des Winterdienstes 2009/2010 stärker gefordert als in den Vorjahren. Dies zeigt sich auch in der Umsatzentwicklung dieser Monate. Die interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Zwingenberg als fester Bestandteil des Winterdienstes, in Form eines externen Auftrages, erfolgt mittlerweile routinemäßig.
Im Bereich des Bestattungswesens ist es gelungen, die Neukonzeption des Bestattungswesens der Stadt Bensheim fertig zu stellen. Die geforderten Baumaßnahmen aus dem Bestattungskonzept konnten weitestgehend noch im Jahr 2009 abgeschlossen werden.
Die Eigenkapitalrentabilität lag im Jahr 2009 bei 10,5 %, die Gesamtkapitalrentabilität bei 8,16 % und die Umsatzrentabilität bei 9,38 %.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Zur Verbesserung der Logistik im Eigenbetrieb wird auf dem Außenlager „Scheune Jost“ derzeit eine Lagerhalle errichtet. Der vergangene Winter hat gezeigt, dass die derzeitige Bevorratung des BSB mit Streusalz sowie Lauge unzureichend ist. Deshalb ist geplant, auf dem beschriebenen Gelände eine zusätzliche Lagerhalle für loses Streusalz mit einem Fassungsvermögen von rund 300 Tonnen zu errichten.
Dieses Vorhaben wurde von den umliegenden Kommunen sehr begrüßt, da nun der BSB zur Salzbevorratung auf interkommunaler Ebene befähigt ist.

Das Geschäftsjahr 2010 wird deutlich durch die bevorstehende Zusammenführung des Bauhof Service Bensheim und des Zweckverbandes Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße geprägt sein. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim vom 17.12.2009 werden die Aufgaben des Eigenbetriebes zum 01.01.2011 auf den KMB übertragen.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	68,3	65,1
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	31,7	34,9
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	82,9	73,6
Liquidität 1. Grades in %	liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	386,3	284,4
Liquidität 2. Grades in %	(liqu. Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	655,2	584,4

2. Die erfolgswirtschaftliche Analyse		2009	2008
Gesamtkapitalrentabilität in %	Gewinn + FK.zinsen x 100 / Gesamtkapital	8,2	2,1
Umsatzrentabilität in %	Gewinn x 100 / Umsatz	9,4	1,5
ROI in %	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	7,2	1,0
Kostendeckung in %	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	109,9	99,5

6. sonstige Beteiligungen

6.1 Sparkasse Bensheim

Sitz:	Bensheim
Anschrift:	Bahnhofstraße 30/32; 64625 Bensheim
Aufgabe:	Die Sparkasse hat die Aufgabe, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.
Gründung:	1830
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRA 23222
Organe des Unternehmens:	**Vorstand**

Vorsitzender:
- Herr Dr. Erik Tjarks (Vorsitzender des Vorstands)

stellvertr. Vorsitzende/r:
- Herr Manfred Vögtlin (Vorstand)
- Frau Birgit Kissel (stellv. Vorstandsmitglied)

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 520 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 46 TEUR.

Verwaltungsrat

Vorsitzender:
- Herr Thorsten Herrmann (Bürgermeister)

stellvertr. Vorsitzender:
- Herr Klaus Jäger (Bürgermeister)

weitere Mitglieder:
- Willy Arndt (Kreishandwerksmeister)
- Herr Philipp Bohrer (Bürgermeister)
- Herr Friedrich Demel (Sparkassenangestellter)
- Herr Michael Eichhorn (Bankkaufmann)
- Herr Winfried Horn (Steuerberater)
- Herr Jürgen Kaltwasser (Bürgermeister)
- Herr Dieter Kullak (Bürgermeister)
- Herr Heinrich Ludwig (Technischer Angestellter i.R.)
- Herr Dr. Dirk Mahler (Justiziar)
- Frau Dunjar Marquardt (Bankkauffrau)
- Herr Walter Rausch (Sparkassenangestellter)
- Herr Oliver Roeder (Dipl.-Betriebswirt)
- Herr Bernd Weßner (Bankkaufmann)

Beteiligungsverhältnisse: Ein direktes Beteiligungsverhältnis besteht nicht. Die Stadt Bensheim ist als Kommune mit 53,5 % an der Gewährträgerhaftung beteiligt. Aufgrund der Anpassungen des Sparkassenrechts gilt die Gewährträgerhaftung nur noch für Verbindlichkeiten, die vor dem 18. Juli 2001 eingegangen wurden oder die zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 eingegangen wurden und deren Laufzeit maximal bis zum 31.12.2015 reicht.

	Für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstanden sind, besteht keine Gewährträgerhaftung seitens der Kommunen mehr.
Beteiligungen des Unternehmens:	Die Sparkasse Bensheim hielt im Geschäftsjahr 2008 eine Beteiligung von 13,93 % an der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH.
Bürgschaften der Stadt Bensheim:	Zurzeit bestehen keine Bürgschaften der Stadt Bensheim.
Auswirkungen auf die Haushalts-wirtschaft der Stadt Bensheim:	Auswirkungen durch die beschriebene Gewährträgerhaftung sind möglich, aber derzeit nicht absehbar.
Erfüllung des öffentlichen Zwecks:	Als zukunftsorientierte und regional verbundene Sparkasse sorgt sie für die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Kommunen. Durch die Beteiligung an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird zudem der Wirtschaftsstandort gestärkt.
Abschlussprüfer:	Der Jahresabschluss der Sparkasse Bensheim zum 31.12.2009 wurde von der Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Bilanz 2009

AKTIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Umlaufvermögen		
Barreserve	23.858.732,29	24.234.288,80
Forderungen an Kreditinstitute	310.060.447,38	256.721.852,21
Forderungen an Kunden	836.494.438,50	840.285.760,60
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	439.909.949,38	407.233.327,12
Summe Umlaufvermögen	**1.610.323.567,55**	**1.528.475.228,73**
Anlagevermögen		
Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	471.264,90	1.935.561,70
Beteiligungen	13.299.992,15	13.625.161,69
Treuhandvermögen	29.365,76	32.740,26
Immaterielle Anlagewerte	77.385,00	48.890,00
Sachanlagen	27.116.293,45	28.577.989,58
Sonstige Vermögensstände	5.605.734,72	7.121.228,22
Summe Anlagevermögen	**46.600.035,98**	**51.341.571,45**
Rechnungsabgrenzungsposten	797.409,74	1.866.621,99
SUMME AKTIVA	**1.657.721.013,27**	**1.581.206.713,41**

PASSIVA	Berichtjahr 2009	Vorjahr 2008
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	371.109.024,48	349.566.504,26
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.110.781.146,34	1.052.060.809,29
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.995.530,30	57.741.202,17
Treuhandverbindlichkeiten	29.365,76	32.740,26
Sonstige Verbindlichkeiten	2.885.931,33	3.351.081,74
Summe Verbindlichkeiten	**1.530.800.998,21**	**1.462.752.337,72**
Rechnungsabgrenzungsposten	607.971,74	653.591,71
Rückstellungen	15.131.772,74	11.378.230,50
Nachrangige Verbindlichkeiten	15.938.676,98	21.274.474,76
Eigenkapital	95.241.593,60	85.957.163,17
SUMME PASSIVA	**1.657.721.013,27**	**1.581.206.713,41**

Die wesentlichen Vermögenspositionen stellen die Forderungen an Kunden mit einem Anteil von 50,5 % sowie der Bestand an Wertpapieren der Sparkasse mit einem Anteil von 26,5 % der Bilanzsumme dar.

Die Mittelherkunft der Passivseite ergibt sich zu 70,7 % aus Kundeneinlagen (inkl. verbriefte und nachrangige Verbindlichkeiten) und zu 22,4 % aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die GuV vom 01.01.2009 – 31.12.2009

	Berichtsjahr 2009	Vorjahr 2008
Zinserträge	74.872.215,88	76.698.522,36
Zinsaufwendungen	-37.607.387,84	-46.030.580,64
Laufende Erträge	329.194,63	613.023,59
Provisionserträge	8.291.180,46	8.904.869,60
Provisionsaufwendungen	-565.577,64	-545.400,67
Sonstige betriebliche Erträge	1.777.919,02	1.812.310,39
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
Summe betrieblicher Erträge	**47.097.544,51**	**41.453.119,08**
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-25.841.885,00	-24.227.885,56
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-2.116.728,98	-2.215.176,40
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-836.742,39	-1.805.111,51
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-8.387.481,73	-6.145.914,39
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	0,00
Summe betrieblicher Aufwendungen	**-37.182.838,10**	**-34.394.087,86**
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	**9.488.706,41**	**7.009.031,22**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.720.518,38	2.399.327,73
Sonstige Steuern	48.360,26	45.100,83
Jahresüberschuss	**4.719.827,77**	**4.564.602,66**
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	**0,00**	**0,00**
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	**0,00**	**0,00**
Einstellungen in Gewinnrücklagen	**0,00**	**0,00**
Bilanzgewinn	**4.719.827,77**	**4.564.602,66**

Die betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 41.453 TEUR auf 47.098 TEUR.

Die gesamten betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich von 34.394 TEUR auf 37.182 TEUR, was vor allem auf erhöhte Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen zurückzuführen ist.

Insgesamt hat sich das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 2.479 TEUR auf 9.488 TEUR erhöht.

Der Bilanzgewinn beträgt 155 TEUR mehr als im Vorjahr, nämlich 4.719 TEUR.

Lage des Unternehmens:

Das Jahr 2009 war gekennzeichnet durch den weltweit schärfsten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität seit 1929. Die Sparkasse Bensheim konnte im Jahr 2009 – trotz der Finanzmarktkrise - ein insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis erzielen. Die geschäftliche Entwicklung war vor allem durch eine positive Bestandsentwicklung bei den Eigenemissionen und Einlagen sowie eine Ausweitung der Forderungen an Kreditinstitute geprägt.

Die Bilanzsumme stieg im Jahr 2009 um 76,5 Millionen Euro oder um 4,8%. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 81,2 Millionen Euro auf 1.708,3 Millionen Euro. Das Wachstum ist – neben der bereits genannten positiven Entwicklung der Kundeneinlagen auf weitere Faktoren zurückzuführen. Das Eigengeschäft der Sparkasse wurde ausgeweitet. Die Eigenanlagen in Wertpapieren nahmen um 31,2 Millionen Euro auf 440,4 Millionen Euro zu, gleichzeitig erhöhten sich auch die Forderungen an Kreditinstitute um 53,4 Millionen Euro auf 310,1 Millionen Euro. Dies resultiert größtenteils aus der Hereinnahme von Schuldscheindarlehen von Landesbanken und der DekaBank. Auf der Gegenseite wurde die Refinanzierung über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten angepasst und beträgt nach einer Volumensausweitung um 21,5 Millionen Euro zum Bilanzstichtag 371,1 Millionen Euro.

Die Ertragslage hat sich insgesamt weit besser entwickelt als erwartet. Grund hierfür ist vor allem die Zinsentwicklung mit rückläufigen und niedrigeren Zinsen. Der prognostizierte leichte Anstieg der Zinsen in allen Laufzeiten ist so nicht eingetreten, bedingt durch die großzügige Geldpolitik und Maßnahmen der Notenbank. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Bensheim war somit im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Die Geschäftsentwicklung des vergangenen Jahres war insgesamt zufrieden stellend. Die Soll-/Ist-Vergleiche zur Prognose zeigen den Vertriebserfolg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse sowie das Vertrauen der Kunden im schwierigen konjunkturellen Umfeld.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010:

Die konjunkturellen Perspektiven haben sich Anfang 2010 – auch unter dem Eindruck der weiteren Stufen der Konjunkturpakete – insgesamt verbessert. Das am weitesten verbreitete Szenario geht von der Fortsetzung einer moderaten Erholung der deutschen Volkswirtschaft aus.

Mit der Fortführung der ganzheitlichen, lebensphasen- und bedürfnisorientierten Beratung auf Basis des Sparkassen-Finanzkonzeptes stehen der strukturierte Vermögensaufbau und die Vermögensbildung der Kunden der Sparkasse im Mittelpunkt. Der bedarfsgerechte Vermögensaufbau und die Partizipation an der Ersparnisbildung der privaten Haushalte sind Schwerpunkte, die neben der privaten und betrieblichen Altersvorsorge im Fokus stehen.

Im Kundenkreditgeschäft sieht die Sparkasse Bensheim die private Konsumenten- und Wohnungsbaufinanzierung als Wachstumsfelder. Durch attraktive Produkt- und Konditionenangebote streben sie Zuwächse in diesen Bereichen an. Als Unsicherheitsfaktoren gelten die prognostizierten negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und die Zurückhaltung in der privaten Konsumnachfrage. Vor dem Hintergrund der aktuellen, fragilen Gesamtwirtschaft wird bei gewerblichen Investitionen mit einer Stagnation gerechnet. Ziel ist jedoch, Absatz und Marktanteil auszubauen und den Gesamtbestand an Ausleihungen mindestens auf Vorjahresniveau zu halten.

In den Planungen der Sparkasse Bensheim für die Jahre 2010 und 2011 wird insgesamt mit einem Auslaufen der Sondermaßnahmen in der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gerechnet, verbunden mit einem rückläufigen Betriebsergebnis, sowie einem nahezu konstanten Jahresüberschuss.

Ausgewählte Kennzahlen:

1. Die finanzwirtschaftliche Analyse		2009	2008
Eigenkapitalquote in %	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	5,7	5,7
Fremdkapitalquote in %	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	94,3	94,3
Deckungsgrad I in %	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	204,4	176,3

7 Anhang

7.1 Erläuterungen der Kennzahlen

Eigenkapitalquote	Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital	Die Eigenkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen.
Fremdkapitalquote	Fremdkapital x 100 / Gesamtkapital	Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist.
Verschuldungsgrad	Fremdkapital x 100 / Eigenkapital	Der Verschuldungsgrad eines Unternehmens berechnet sich aus dem Fremdkapital im Verhältnis zum Eigenkapital. Grundsätzlich gilt, je höher der Verschuldungsgrad eines Unternehmens umso abhängiger ist das Unternehmen von externen Gläubigern.
Deckungsgrad I	Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen	Der Deckungsgrad I zeigt an, wieviel % des Anlagevermögens mit Eigenkapital finanziert sind.
Liquidität 1. Grades	Liquide Mittel x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist.
Liquidität 2. Grades	(liqu. Mittel + kurzfr. Ford.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der flüssigen Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist.
Eigenkapitalrentabilität	Gewinn x 100 / Eigenkapital	Die Eigenkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel % Gewinn auf das eingesetzte Eigenkapital entfällt. Die Eigenkapitalrendite zeigt somit die Verzinsung des Eigenkapitals an.
Gesamtkapitalrentabilität	(Gewinn + FK.zinsen) x 100 / Gesamtkapital	Die Gesamtkapitalrentabilität gibt an, welchen prozentualen Betrag (Rendite) das eingesetzte Gesamtkapital erwirtschaftet hat.
Umsatzrentabilität in	Gewinn x 100 / Umsatz	Die Umsatzrendite gibt prozentual an, wie viel Gewinn mit einem EURO Umsatzerlös erzielt wurde.
ROI	Gewinn x 100 / Gesamtkapital	Der ROI gibt an, welche Rendite das gesamte im Unternehmen eingesetzte Kapital innerhalb einer Periode erwirtschaftet hat bzw. wie hoch der prozentuelle Anteil des Gewinns am Gesamtkapital ausfällt.
Kostendeckung	Umsatzerlöse x 100 / Gesamtaufwand	Kostendeckung gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

7.2 Literaturangaben

Die Angaben in dem vorliegenden Beteiligungsbericht beruhen auf folgenden Berichten der Beteiligungsunternehmen:

- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 der GGEW AG
- Geschäftsbericht 2009 der GGEW AG
- Bericht über die Prüfung des Lageberichts und des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom
  1. Januar 2009 bis 31.Dezember 2009 der Marketing- und Entwicklungs- Gesellschaft Bensheim mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 der Gemeinnützigen Gesellschaft Naturschutzzentrum Bergstraße mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2009 der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2009 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichtes 2009 des Zweckverbandes Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichtes des Wasserbeschaffungsverbandes Riedgruppe Ost
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 des Eigenbetriebes Bauhof Service Bensheim
- Lagebericht 2009 der Sparkasse Bensheim

Verantwortlich für den Inhalt:

Magistrat der Stadt Bensheim
Team Steuerungsunterstützung und Personalmanagement
Kirchbergstraße 18
64625 Bensheim

Herr Rolf Hiesinger Tel.: 06251/14-260
E-Mail: Rolf.Hiesinger@Bensheim.de

Herr Sebastian Seidler Tel.: 06251/14-267
E-Mail: Sebastian.Seidler@Bensheim.de

© 2010 Magistrat der Stadt Bensheim